LVR-Landesjugendamt
Rheinland

·inform

2/2009

Kinder wollen glücklich sein

Lecker Schule Klausen

Vision 2025

Lernen vor Ort

1. Europäischer Jugendbericht

jugendhilfe & schule

Kinderarmut entgegen wirken

LVR
Qualität für Menschen

in eigener sache

Kinderarmut – engagierte Fach- und Lehrkräfte kennen sie aus der täglichen Arbeit mit und für Kinder nur zu gut.

Das Memorandum zur „Bekämpfung der Kinderarmut“ von AWO, DGB, GEW, Deutscher Kinderschutzbund und der PARITÄTISCHE (Seite 3 ff.) tritt dafür ein, dass das Thema auch auf der Agenda der Verantwortlichen in Politik und Verwaltungen prioritär behandelt wird. Die Argumente und guten Gründe liegen auf dem Tisch – notwendig ist nun die Umsetzung von präventiven Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe, in Schule und anderen relevanten Politikbereichen. Die finanzielle „Armut“ der Kommunen darf da kein Hinderungsgrund sein.

Auch der LVR sieht sich in der Pflicht und hat deshalb ein Maßnahmepaket zur Verhinderung von Armutsfolgen bei Kindern verabschiedet. Hierzu gehören eine Koordinationsstelle im LVR-Landesjugendamt und eine LVR-Sonderprojektförderung, mit der insbesondere Initiativen und Netzwerke zur Vermeidung von Kinderarmut bei Jugendämtern im Rheinland unterstützt werden sollen (Seite 9).

Armut hat viele Hintergründe. Bei der Suche nach Lösungen und Hilfen muss auch die *subjektive* Sicht von Kindern berücksichtigt werden. Ein wichtiger Ansatzpunkt gerade für Fach- und Lehrkräfte kann dabei das Kinderglück sein. Kinder wollen glücklich sein – was sie dafür brauchen, zeigen Ergebnisse verschiedener Studien (Seite 10 ff.). Ausflüge, gute Freunde haben und mit ihnen etwas erleben, keine Hausaufgaben, sich in der Schule sicher und gut aufgehoben fühlen, ungestörte Räume nutzen können sind nur einige zentrale Aspekte, die in der pädagogischen Praxis aufgegriffen werden können.

Wir alle sind also gefragt zu handeln – lassen Sie es uns tun!

Ihr

Michael Mertens
LVR-Dezernent Schulen und Jugend
im Landschaftsverband Rheinland

INHALT

SCHWERPUNKT

Memorandum Kinderarmut: Politische Forderungen – präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems 3

Deutscher Bundestag: Stellungnahme „Kinderkommission gegen Kinderarmut“ 8

LVR-Koordinationsstelle und Sonderprojektförderung „Kinderarmut“ 9

SCHLAGLICHT

Kinder wollen glücklich sein – dem Glück auf der Spur *von Dr. Christian Alt* 10

Kinder brauchen Freunde *von Hans Oswald* 14

Mobbing in der Schule 16

PRAXIS

„Lecker Schule Klausen“: Kooperation von Schule und Jugendhilfe in Remscheid *von Richard Ulrich* 18

Wettbewerbe & Förderungen 20

NRW

Vision 2025: Ideenwettbewerb für Jugendliche des MGFFI 22

Initiative „Komm mit! Fördern statt Sitzenbleiben“ des MSW 23

Neue Website zur Zusammenarbeit von Schulen und Medienzentren 24

BUND

Lernen vor Ort: 40 Kommunen ausgezeichnet – 60 Mill. EUR für bessere Bildung vor Ort 25

„Teuer und unwirksam“: Studie der Bertelsmann Stiftung zu Klassenwiederholungen 28

EU

Erster Europäischer Jugendbericht – Positionspapier der AGJ 29

LVR

Nippeser Jugendladen zu Gast beim LVR 35

Jugendhilfe Report 2/09 zu „Ein Jahr KiBiz – Eine erste Bilanz“ 36

Impressum 35

SCHWERPUNKT

Memorandum Kinderarmut

Bekämpfung der Kinderarmut

Das Memorandum formuliert in einem 10-Punkte-Programm politische Forderungen und macht Vorschläge für eine präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems.

Es zeigt Wege auf für Politikerinnen und Politiker der Bundes- und Landesebene NRW aber auch für Verantwortliche und Engagierte in Kreisen und Kommunen, das große Problem unserer Zeit – Armut bei Kindern und Jugendlichen – zu bekämpfen.

AWO, DGB, GEW, Deutscher Kinderschutzbund und der Paritätische haben sich in NRW auf der Grundlage dieses Memorandums zu einem gemeinsamen Bündnis zur Bekämpfung von Kinderarmut zusammengeschlossen.

Das 10-Punkte-Programm BEKÄMPFUNG DER ARMUTSFOLGEN BEI KINDERN

Die Bündnispartner fordern die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger auf allen Ebenen auf, Ursachen und Folgen von Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen.

1. Überwindung der Grenzen des Föderalismus

Kinderarmut und Zukunftschancen für alle Kinder in unserem Land müssen zur politischen Chefsache werden. Wir fordern politisches Handeln über die Parteigrenzen und Zuständigkeitsgrenzen hinaus.

Die Konzentration der Kinderarmut auf einzelne Regionen, Kreise und Kommunen darf nicht länger hingenommen werden (siehe Armutsatlas des Paritätischen).

Es ist zur Bekämpfung der Armutsfolgen verbindlich zu regeln:

– Wie eine Steuerung durch den Bund im Sinne gleicher und gerechter Lebensverhältnisse für alle Kinder in Deutschland erfolgen kann.
– Wer auf den Ebenen des Bundes, der Länder und Kommunen die Steuerungsverantwortung trägt.
– Wie diese Verantwortung bei der Finanzierung wahrgenommen und umgesetzt wird.

2. Formulierung und Umsetzung eines abgestimmten BILDUNGS -, SOZIAL-, STAATS- UND FINANZIERUNGSKONZEPTES

Die AWO, der DGB, die GEW, der Deutsche Kinderschutzbund und der Paritätische fordern die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen des Bundes, der Länder und der Kommunen auf, durch ein abgestimmtes Bildungs- und Sozialstaats- und Finanzierungskonzept – das alle Lebensbereiche der Kinder einbezieht – Armut von Kindern sowie deren Folgen konsequent anzugehen und sich nicht mehr auf Teillösungen zu beschränken.

Es gilt Rechtsansprüche für alle Kinder zu schaffen, vor allem in den Bereichen
– der bedarfsgerechten materiellen Versorgung,
– der Förderung im Bildungssystem von Anfang an,
– der verbindlichen und durchgängigen Gesundheitsförderung sowie
– der präventiven Angebote in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Wesentliche Punkte für ein zukünftiges Engagement im Rahmen eines Bildungs- und Sozialstaatskonzeptes sind:

3. Der Vorrang für das Wohl des Kindes

Der Grundsatz des KJHG in § 1 Abs. 1: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ muss für alle und insbesondere für arme Kinder verwirklicht werden. Unsere Gesellschaft muss das Wohl des Kindes in den Vordergrund stellen. Daran haben sich alle Politikbereiche zu orientieren.

4. Existenzsichernde Grundsicherung von Kindern

Die bestehenden Sozialleistungssysteme können Armut von Kindern nicht wirksam verhindern. Sie sind entsprechend zu reformieren.

Es ist eine existenzsichernde Grundsicherung für alle Kinder einzurichten. Damit ist festzulegen, dass unserer Gesellschaft jedes Kind gleich viel wert ist.

Der Staat muss zukünftig sicherstellen, dass allen Kindern sämtliche Leistungen für Bildung, Betreuung und Erziehung kostenfrei zur Verfügung stehen.

Das Wohngeld für Familien von Niedriglohnempfängern ist anzuheben, und zusätzlich mit einer Kinderkomponente zu versehen

5. Prävention und Partizipation statt Krisenintervention

Die Ausrichtung des Instrumentariums der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie des Bildungssystems muss grundlegend verändert werden. Ressourcen für Kinder und Jugendliche müssen verlagert werden von einer Krisenintervention, die in der Regel bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren ansetzt, hin zu einem präventiven Ansatz. Dieser muss insbesondere arme Kinder und ihre Eltern in den prägenden ersten Lebensjahren oder – noch besser – bereits vor der Geburt des Kindes erreichen. Präventive Angebote müssen zukünftig zur Pflichtaufgabe im Fördersystem der Kommunen und des Landes werden.

Eine präventiv ausgerichtete Kinder- und Jugendpolitik muss die Möglichkeiten zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen stärken. Dabei muss der schulischen und außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit – sowohl im Rahmen der geforderten Ganztagesbetreuung als auch im Freizeitbereich – ein zentraler Stellenwert zukommen.

6. Unterstützung von Eltern in ihrer erzieherischen Verantwortung

Alle Eltern müssen einen Rechtsanspruch auf Eltern- und Familienbildung erhalten. Vor allem für junge Eltern ist eine aufsuchende Elternberatung der Familien- und Gesundheitshilfe (wieder) einzurichten. Erziehungsberatung muss bedarfsgerecht und niedrigschwellig zur Verfügung gestellt werden. Angebote der Familienbildung sind neu zu konzipieren. Durch die Zusammenarbeit mit Gynäkologen/Hebammen müssen auch Eltern aus dem Armutsmilieu bereits vor der Geburt ihrer Kinder erreicht und anschließend in Geburtsvorbereitungskursen und bei Still-, Krabbel- und Kleinkindergruppen einbezogen werden. Die Ausrichtung von zukünftigen Angeboten der Familienbildung hat in enger Kooperation mit der Jugendhilfe, dem Gesundheitswesen und der Schule zu erfolgen.

7. Der Aufbau und Ausbau von Kindertagesstätten und Kindertagespflege

Für alle Kinder ist ein kostenfreier Zugang zu Einrichtungen der Bildung, Erziehung und Betreuung von Geburt an zu gewährleisten. Außerdem müssen die Rahmenbedingungen (Personalschlüssel etc.) zur Sicherstellung der erforderlichen Qualität der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege grundsätzlich erheblich verbessert werden.

Als Sofortmaßnahme ist im Bereich der Kindertagesstätten im Bedarfsfall ab dem Alter von sechs Monaten eine Tagesbetreuung anzubieten.

Unterschiedliche Zugangsrechte und Nutzungsmöglichkeiten für Kinder – je nach sozialer Herkunft und familiärem Einkommen – sind gänzlich aufzugeben. Aufsuchende Dienste müssen sicherstellen, dass arme Kinder dieses Angebot auch wahrnehmen. Für Krippen und Kitas bedeutet dies die Sicherung einer bedarfsgerechten Versorgung in allen Kommunen und allen Quartieren sowie den Wegfall von Beiträgen und Zusatzkosten.

Es sind Strukturen zu entwickeln, die unterschiedliche, am jeweiligen Bedarf der Kinder orientierte Förderangebote in den Tagesstätten garantieren. Einrichtungen, die besondere Anforderungen zu bewältigen haben, wie vor allem bei einem hohen Anteil armer Kinder, brauchen zur Erfüllung ihres Auftrags entsprechend bessere Rahmenbedingungen (Personalschlüssel etc).

Zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung sind insbesondere der quantitative sowie qualitative Ausbau der Angebote für unter dreijährige Kinder voranzutreiben.

Alle Kinder mit Sprachdefiziten haben das Recht auf eine nachhaltige und integrative Sprachförderung spätestens ab dem Kindergartenalter und sind im Bedarfsfall zur Teilnahme verpflichtet.

Der geplante Ausbau der Betreuungskapazität für unter Dreijährige muss vor allem in diese Richtung führen.

8. Reformierung schulischer Bildung

Die vorherrschende selektive Ausrichtung der Schule ist durch eine Neugestaltung der schulischen Bildung zu überwinden.

Die individuelle Förderung, die Entwicklung von Lernfähigkeit und das soziale Lernen müssen zentrale Inhalte von Schule sein und ihren Niederschlag in den Rahmenbedingungen (u. a. Sozialpädagogen, Lehrerstellen und kleine Klassen), Schulkonzepten und Lehrplänen finden.

Jugendhilfe und Schule müssen unter Einbeziehung weiterer außerschulischer Anbieter einen kooperativen Ansatz zur ganzheitlichen Förderung der Kinder und Jugendlichen entwickeln. Schulpädagogik und Sozialpädagogik müssen zu gleichberechtigten Partnern einer modernen Schule werden, und das ab der Grundschule.

Eine an den oben genannten Zielen orientierte schulische Bildung erfordert, dass die Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der Sekundarstufe I in integrierten Ganztagsschulen miteinander lernen. Voraussetzung hierfür ist ein pädagogisches Konzept, in dem sich Lern- und Freizeitangebote miteinander verbinden. Dies muss ein verbindliches Regelangebot für alle Kinder sein.

Lernmittel sind allen Kindern kostenlos bereitzustellen.

Keine Schülerin und kein Schüler dürfen künftig ohne einen berufsqualifizierenden Schulabschluss aus der Schule entlassen werden.

9. Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund

Ein Migrationshintergrund darf zukünftig kein Armutsrisiko mehr sein. Förderangebote der Jugendhilfe, wie z. B. Familienbildung, müssen Kinder mit Migrationshintergrund und ihre Eltern bereits in der frühen Kindheitsphase erreichen und ihren Integrationsprozess konsequent begleiten.

1O. Sicherung einer frühen und durchgängigen Medizinischen Versorgung

Für alle Kinder ist eine verlässliche und ganzheitlich ausgerichtete Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Dafür muss wieder eine Struktur aufgebaut werden, die auch unabhängig vom Mitwirken der Eltern sicherstellt, dass Gesundheit gesichert und mögliche gesundheitliche Fehlentwicklungen/Krankheiten von Kindern frühzeitig erkannt und behandelt werden. Die Regeluntersuchungen in Kindergärten sind wieder einzuführen.

Ansätze einer kindbezogenen Armutsprävention

durch eine Neuausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe sowie des Bildungssystems

Maxime: Teilhabe für alle Kinder

Die Antwort auf die gesellschaftliche Herausforderung zunehmender Armut von Kindern und Jugendlichen lautet: Jedes Kind ist zu stützen, zu stärken und zu fördern. Sein Wohlergehen und seine bestmögliche Entwicklung sicherzustellen, gehören zu den wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben.

Prinzip: Vernetzung

Eltern und Kinder dabei lediglich von einer Adresse zur anderen zu vermitteln reicht nicht aus. Die Angebote von Verbänden, Kommunen und Institutionen müssen in einem Netzwerk gebündelt und aufeinander abgestimmt werden.

Umsetzung: Präventionsketten auf der Basis von Netzwerken schaffen

Auch wenn eine „Kette“ sehr beweglich ist und zwischen ihren Gliedern „Freiräume“ lässt, so ist sie gleichzeitig stark und belastbar. An der Stelle, wo ihre Glieder ineinander greifen, beweist sie ihre „Reißfestigkeit“ und kann dem „Zug“ standhalten.

Der Begriff der „Präventionskette“ wurde von der AWO und dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik geprägt und hat schnell Verbreitung gefunden. Dieses Instrument zeichnet sich aus durch

– interdisziplinär eingesetzte Fachlichkeit,
– bedürfnisorientierte und familienbezogene Konzepte,
– Abstimmung und Zusammenarbeit aller regionalen Hilfsangebote, Ressourcen, Programme,
– Fördermaßnahmen und Aktivitäten,
– Qualitätssicherung, Verbindlichkeit und fachliche Weiterentwicklung.

„Kompetenzzentren – Inklusive Bildungsprozesse ermöglichen“

Konferenz „Netze der Kooperation 12“ am 3. November 2009 in Köln

Individuelle Förderung: Mit der Verankerung dieses Auftrags im Schulgesetz NRW ist ein Paradigmenwechsel gelungen. Lernprozesse sollen sich am Entwicklungsstand von Schülerinnen und Schülern orientieren. Konsequent weiter gedacht, führt das zu inklusiven Bildungsprozessen in der Regelschule. Inklusion heißt, alle Kinder und Jugendlichen in heterogenen Lerngruppen zu fördern und zu unterstützen. – Doch wie kann das gelingen: gerade auch bei Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und/oder mit Behinderungen, die unter erschwerten Bedingungen aufwachsen?

In NRW werden Förderschulen zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung ausgebaut. In einer ersten Pilotphase haben 2008 insgesamt 20 Kompetenzzentren damit begonnen, Maßnahmen der sonderpädagogischen Förderung zu bündeln, die in Schulen tätigen Akteure zu beraten und zu qualifizieren und Kinder und Jugendliche sowohl innerhalb des Kompetenzzentrums als auch in den kooperierenden Regelschulen zu fördern. Die Kompetenzzentren sind regional verortet. Für ihren Erfolg ist u.a. der Aufbau kooperativer Netze mit außerschulischen Partnern wie Beratungsdienste und Hilfesysteme der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe entscheidend. Das setzt die enge Zusammenarbeit mit kommunalen Akteuren und Trägern in der Region voraus.

In den nächsten Jahren sollen weitere Kompetenzzentren entstehen. Hierfür bedarf es einer breiten Fachöffentlichkeit und Überzeugung der verantwortlichen Planungs- und Leitungskräfte in Schule und auch der Kinder- und Jugendhilfe. An diese richtet sich die Konferenz „Netze der Kooperation“. Präsentiert werden Informationen zu Zielen und Konzepten, die Perspektiven von Land und Kommune sowie erste Erfahrungen aus der Umsetzung in größeren und kleineren Städten sowie Kreisen.

Download der Ausschreibung unter www.jugend.lvr.de (Fortbildung)
Kontakt: Herr Mavroudis, LVR-Landesjugendamt Rheinland, 0221/809-6932, alexander.mavroudis@lvr.de

Diese Strukturform bildet ein Netzwerk aller im Feld aktiven Einrichtungen und engagierten Personen. Die Präventionskette sichert die Beständigkeit und die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen für die Arbeit mit Kindern und Eltern. Sie muss sich im Tagesgeschäft bewähren und Erfolgsbewertungen und Wirkungsanalysen standhalten.

Die Präventionskette ist mehr als nur die Summe ihrer einzelnen Glieder

Bisher werden fachliche Arbeitsansätze üblicherweise meist als klar voneinander abgegrenzte professionelle Aufgabenstellungen definiert. Bewertungskriterien für den Erfolg der Arbeit werden aus der jeweils eigenen fachlichen oder organisatorischen Sicht entwickelt. Jede Profession definiert Erfolg jeweils der eigenen Sichtweise entsprechend.

Auf der anderen Seite werden präventive Hilfsangebote von den Nutzern (Familien) individuell und sehr unterschiedlich eingeschätzt. Daraus kann die Inanspruchnahme einer Vielzahl von Leistungen resultieren, ohne zum gewünschten Erfolg zu kommen.

Ein intensiver Austausch zwischen allen Beteiligten im Rahmen der Präventionskette sorgt dagegen für Flexibilität und Anpassungsfähigkeit und führt schneller und effektiver zum Erfolg.

Für die Bewältigung von Armutsfolgen bei Kindern haben die AWO-ISS-Studien zur Kinderarmut die Bedeutung der folgenden drei Faktoren detailliert herausgearbeitet.

1. Risikofaktoren

Dazu zählen sozioökonomische und strukturelle Faktoren wie familiäre Einkommensarmut, Arbeitslosigkeit, geringer Bildungsstatus, Trennungsproblematik, schwieriges Milieu in Multiproblemfamilien und im Quartier, gestörtes und wenig kindzentriertes Familienleben, geringe Erziehungs- und Bildungskompetenzen der Eltern, elternabhängige Belastungen im Gesundheits- und Sozialverhalten. Am stärksten negativ wirkt sich Einkommensarmut aus.

2. Schutzfaktoren

Hierbei geht es um individuelle Fähigkeiten und Kompetenzen des Kindes (Resilienz), positives, aktivierendes Familienklima, situationsgerechtes Elternhandeln, außerfamiliäre Kontakte, Lernmöglichkeiten, externe Hilfen, schulische Integration, soziale Ressourcen, frühzeitiger und kontinuierlicher Besuch der KiTa, schulische Förderung. Je nach Altersphase des Kindes wirken zunächst der familiäre Hintergrund, danach zunehmend das familiäre Umfeld, soziale Netzwerke und schließlich Bildungsinstitutionen positiv auf die kindliche Entwicklung ein.

3. Ressourcen

Die an einer Präventionskette beteiligten Fachkräfte stellen die beste Ressource dar. Sie können individuelle Eigenschaften, familiäre Charakteristika und Leistungen außerfamiliärer Unterstützung bündeln:
– Als Investitionen in die Zukunft der Kinder,
– zur Stärkung der elterlichen Kompetenz,
– als Fördermöglichkeiten über die Familie hinaus.

Präventionsketten und -netzwerke als Paradigmenwechsel

Präventionsketten sind eine Weiterentwicklung eines integrierten Förder- und Hilfeangebotes für Kinder. Langfristig tragen sie zu einer Veränderung von sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bei und sorgen letztendlich für eine nachhaltige finanzielle Entlastung.

Das Bündnis fordert öffentliche, kommunale und freie Träger auf, im Rahmen von Präventionsketten enger zusammenzuarbeiten. Wenn alle Träger und Institutionen gemeinsam und aufeinander abgestimmt präventiv aktiv werden, eröffnet sich der Kinder- und Jugendhilfe die Chance, den Schwerpunkt der eigenen Arbeit von der Krisenintervention zur Prävention zu verlagern.

Im Jahr 2007 wurden in NRW 1.134.986.753 EUR für die Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht, die Erziehung in einer Tagesgruppe, die Vollzeitpflege, die Heimerziehung, die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung, die Eingliederungshilfe, die vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen ausgegeben (laut Landesstatistik NRW).

Dabei handelt es sich in der Regel um kostenintensive Maßnahmen, die zudem häufig viel zu spät einsetzen.

Grundlagen präventionsfördernder Strukturen

– Frühestmöglich beginnen
– Eltern und Familie sind die ersten Ansprechpartner
– Entwicklungsmöglichkeiten für Bildung und Gesundheit sichern
– Lebenswelt der Kinder einbeziehen, Teilhabe und Integration sichern
– Fähigkeiten und Stärken der Kinder erkennen und einsetzen
– Entwicklungsdefizite erkennen und bewältigen
– Problemlösendes Bewältigungshandeln vermitteln und stärken
– Außerfamiliäre Angebote in den Bereichen Bildung, Erziehung, Betreuung und Beratung zur Verfügung stellen
– Bedürfnis- und bedarfsgerechte Förderangebote in gemeinsamer Verantwortung der Träger und Fachkräfte des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens entwickeln
– Politik und Verwaltung in den Kommunen, den Bundesländern und auf Bundesebene auf präventiv wirkende gesellschaftliche Rahmenbedingungen hinweisen

Merkmale einer Präventionskette

Die Präventionskette ist sozialraumorientiert und auf die Lebenssituation der von Armutsfolgen bedrohten Kinder ausgerichtet. Ihre Arbeit beginnt bereits vor dem Eintritt in den Kindergarten und zeichnet sich durch eine moderierte Vernetzung aller Träger und Angebote aus.

Arbeitsgrundlage ist die Gestaltung individueller Förderpläne möglichst mit der Geburt des Kindes beginnend, um Eltern in ihrer erzieherischen Verantwortung rechtzeitig zu stützen und Selbsthilfemöglichkeiten zu fördern. Frühzeitige Krisenintervention in den Familien und schnelle Hilfen zur Vermeidung von Folgeproblemen und deren Verfestigungen sind dabei besonders wichtig.

Die Angebote einer Präventionskette orientieren sich am jeweiligen Bedarf des Kindes und der Familie,

die die Unterstützung und Begleitung jederzeit in Anspruch nehmen oder beenden kann.

Die Akteure der Präventionskette gewährleisten eine verlässliche Begleitung durch Kindheit und Jugendalter und ebnen den Weg aus dem Teufelskreis von Armut und ihren Folgen.

Die kommunale Infrastruktur muss auf eine abgestimmte (Armuts-)Präventionsarbeit vor Ort ausgerichtet werden. Ziel ist eine sozialräumlich angelegte bedürfnisbezogene und wirkungsorientierte Netzwerkarbeit. Die Kooperation der öffentlichen und freien Träger ist ebenso gefordert wie bürgerschaftliches Engagement.

Bausteine einer Präventionskette

(...) Im Zentrum einer Präventionskette steht der außerfamiliäre Lebensraum des Kindes: Im Lebensabschnitt bis zum sechsten Lebensjahr der Kinder sind die Familien und die Kindertagestätten besonders stark gefordert. Dem entsprechend besteht ein hoher Bedarf an externer Hilfe und Unterstützung.

Um den Folgen von Armut dauerhaft zu begegnen, bedarf es der Begleitung und Unterstützung auch während Schulzeit, Berufsausbildung und Berufseinstieg. Dabei gestaltet sich ein fließender Übergang in der Beteiligung gesundheitlicher, psychosozialer, erzieherischer Hilfen für die Kinder mit den Möglichkeiten der Begleitung der Eltern (...).

Nicht das Leistungs- oder Angebotsspektrum eines einzelnen Dienstes ist entscheidend, sondern das abgestimmte Gesamtkonzept aller Hilfsangebote. Aber: Jedes Kettenglied braucht eigene Ressourcen zur Steuerung und Wahrnehmung seiner Aufgaben. Damit kann für jedes Kind ein individueller Hilfeplan gestaltet werden, der – vor allem in den Übergangsphasen – die Situation des Kindes und der Eltern mit ihren unterschiedlichen Stärken und Schwächen bestmöglich berücksichtigt.

Nur eine lückenlose Kette mit starken Gliedern kann gefährdete Kinder und Jugendliche systematisch fördern und ihre Chancen zur vollen Entfaltung ihrer Fähigkeiten und zur uneingeschränkten gesellschaftlichen Teilhabe verbessern.

Auch wenn das Kind stets im Mittelpunkt steht, so kann dies nur durch das Zusammenspiel zwischen Eltern und Umfeld geschehen. Der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung beschreibt es wie folgt: Das Aufwachsen von Kindern liegt in privater und öffentlicher Verantwortung. Innerhalb der Präventionskette sind gesellschaftliche Unterstützungs- und Förderangebote für (arme) Kinder und deren Eltern anzubieten. Nur so können belastete Eltern positiv auf die Entwicklung ihrer Kinder Einfluss nehmen.

Unter anderem zeigt der Ansatz von „Mo.Ki – Monheim für Kinder“ beispielhaft, dass mit relativ geringem zusätzlichem Mitteleinsatz – schon allein durch die moderierte Vernetzung vorhandener Angebote – wirkungsvolle Präventionsarbeit auf hohem fachlichem Niveau möglich ist.

Im August 2009 gemeinsam herausgegeben von:

Arbeiterwohlfahrt Landesarbeitsgemeinschaft NRW, Lützowstraße 32, 45141 Essen
Ansprechpartner: Michael Schöttle, Telefon 0201/3105-233, E-Mail: info@awo-niederrhein.de
www.awo-nrw.de

DGB Bezirk NRW
Friedrich-Ebert-Straße 34-38, 40210 Düsseldorf
Ansprechpartnerin: Carmen Tietjen, Telefon 0211/3683-121, E-Mail: nrw.info@dgb.de
www.nrw.dgb.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Ansprechpartner: Norbert Müller, Telefon 0201/29403-28, E-Mail: info@gew-nrw.de
www.GEW-NRW.de

Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V., Hofkamp 102, 42103 Wuppertal
Ansprechpartner: Dieter Greese, Telefon 02054/7302, Friedhelm Güthoff, Telefon 0202/74765880, E-Mail: info@dksb-nrw.de
www.dksb-nrw.de

DER PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Landesverband NRW e.V.
Loher Straße 7, 42283 Wuppertal
Ansprechpartner/Ansprechpartnerin:
Martin Debener, Telefon 02151/9619028
Martin Künstler, Telefon 0202/2822254
Ulrike Werthmanns-Reppekus, Telefon 0202/2822252, E-Mail: mail@paritaet-nrw.org
www.paritaet-nrw.org

Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ verlängert

NRW-Sozialminister Laumann: „Wichtiges Programm zur Bekämpfung von Kinderarmut wird fortgeführt.“

Die steigenden Teilnehmerzahlen an dem Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ zeigen, dass viele Kinder in Nordrhein-Westfalen in Armut leben und auf die Hilfe des Staates angewiesen sind. Die Landesregierung hat mit dem Fonds ein unverzichtbares Instrument gegen die Ausgrenzung benachteiligter Kinder und Jugendlicher geschaffen – und entschieden, den Landesfonds auf Basis der bisherigen Fördergrundsätze bis zum 31. Juli 2011 zu verlängern.

Der im August 2007 eingerichtete Landesfonds wurde mit dem Ziel initiiert, Schülerinnen und Schülern aus finanziell bedürftigen Familien bei der Mittagsverpflegung in Ganztagsschulen der Primarstufe und der Sek. I zu unterstützen. Die Zahl der geförderten Schülerinnen und Schüler ist von ca. 63.800 im Schuljahr 2007/08 auf ca. 70.200 im Schuljahr 2008/09 gestiegen. Auch bei den teilnehmenden Schulen ist ein entsprechender Anstieg zu verzeichnen: Während im Schuljahr 2007/2008 insgesamt 3.040 teilnehmende Schulen registriert wurden, belief sich diese Zahl im Schuljahr 2008/2009 bereits auf 3.349 Schulen.

Weitere Informationen zum Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ unter: www.msw.nrw.de (Pfad: Schulsystem/Ganztagsangebote/Landesfonds Kein Kind ohne Mahlzeit)

SCHWERPUNKT

Kinderkommission gegen Kinderarmut

Deutscher Bundestag – Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder

Kommissionsdrucksache, 16. Wahlperiode 16/29

Die Kommission zur Wahrnahme der Belange von Kindern des Deutschen Bundestages hält die Armut von Kindern und Jugendlichen für eines der schlimmsten, aber auch vermeidbarsten Probleme in Deutschland. Bei der Bekämpfung von Kinderarmut gibt es keine einfache Lösung für das gesamte Problem. Es bedarf einer Vielzahl von Aktivitäten auf allen politischen Ebenen. Wichtig dabei ist, dass soziale Transfers nicht gegen infrastrukturelle Investitionen ausgespielt werden sollten. Auf beiden Gebieten sind dringend Verbesserungen zugunsten der Kinder durchzusetzen. Dies ergab (auch) eine *Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Maßnahmen gegen Kinderarmut“.*

Die Kinderkommission schließt sich dem Beschluss des Bundesrates an, dass „die in § 24a Satz 1 SGB II und in § 28a Satz 1 SGB XII vorgesehene Begrenzung der Leistungsgewährung auf Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluss der Jahrgangsstufe 10 zu streichen (ist). Der Leistungsausschluss für Schülerinnen und Schüler, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, ist sachlich nicht gerechtfertigt und bildungspolitisch kontraproduktiv. Gerade Leistungsempfänger nach dem SGB II und SGB XII, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, sollten angesichts der Diskussionen um die soziale Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems gegenüber anderen Schülerinnen und Schülern in Sozialleistungsbezug nicht finanziell benachteiligt werden. Zudem widerspricht der Leistungsausschluss der politischen Zielsetzung, den Anteil der Personen mit einem höheren Bildungsabschluss in den kommenden Jahren signifikant zu steigern.“ (Drs. 753/08 [B] v. 7.11.2008). Vor diesem Hintergrund wird die nachträgliche *Ausweitung des Schulbedarfspaketes* von der Kinderkommission sehr begrüßt.

Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenständigen Rechten und Ansprüchen an die Gesellschaft. Aus diesem Gedanken leitet die Kinderkommission viele ihrer politischen Forderungen ab. Von der Aufnahme von expliziten Kinderrechten in das Grundgesetz bis zum Erhalt des Kinderund Jugendhilfegesetzes hat die Kinderkommission hierzu bereits verschiedene Stellungnahmen abgegeben und Forderungen formuliert.

Gemeinsam mit dem Bundesrat fordert die Kinderkommission die Bundesregierung auf, „wie auch bereits in der Entschließung des Bundesrates vom 23. Mai 2008, vgl. BR-Drucksache 329/08 (Beschluss), die *Regelleistungen sowie die Regelsätze für hilfebedürftige Kinder neu zu bemessen.* Hierbei sind die besonderen Bedarfe für die Mittagsverpflegung in Ganztagsschulen oder Schulen mit einem Bildungs- und Betreuungsangebot am Nachmittag und in Kindertageseinrichtungen zu berücksichtigen.“ (Drs. 753/08 [Beschluss] vom 7.11.2008).

Sozialleistungen für Kinder in Hartz-IV müssen sich an deren Bedarf orientieren. Generell ist eine konkrete kinderspezifische Bedarfsanalyse notwendig. Bei der Erhebung müssen die Kosten für eine gesunde Ernährung, Kleidung, Schulbesuch und Teilnahme an kulturellen Angeboten einbezogen werden. Die Kinderkommission setzt sich dafür ein, dass Kinder gesund aufwachsen, freien Zugang zu guter Bildung

haben und gleichberechtigt am alltäglichen Leben teilhaben können.

Gleichzeitig müssen verstärkt Investitionen in infrastrukturelle Fördermaßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit sowie Kinder- und Jugendhilfe unternommen werden. Millionen von Kindern und Jugendlichen nutzen die außerschulischen Bildungsangebote in Vereinen, Jugendverbänden und Einrichtungen der Jugendarbeit. *Die Kinderkommission hält es für unentbehrlich, den mehrfach geäußerten förderpolitischen Anspruch, dass die jugendhilfeausgaben deren Aufgaben zu folgen haben, bei allen anstehenden Veränderungsprozessen, die mit Aufgabenerweiterungen für die Jugendarbeit einhergehen, zu berücksichtigen.*

Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit müssen durch eine Gemeinschaftsanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen rückgängig gemacht werden. Nur mit personell und finanziell gut ausgestatteten Jugendämtern sowie einheitlichen Qualitätsstandards für die Kinder- und Jugendhilfe kann auch ein adäquater Kinderschutz gelingen.

Entsprechend der Bedeutung der *Jugendarbeit* gerade *in strukturschwachen Regionen* muss diese auf finanziell sichere Füße gestellt werden. Der demographische Wandel sowie die anhaltende Abwanderung aus Ostdeutschland dürfen nicht für Einsparungen in einem so sensiblen Bereich wie der Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden. Das Gegenteil sollte der Fall sein. Investitionen in qualifiziertes Personal sind notwendig, um Familien mit Kindern frühzeitige professionelle Hilfe anbieten zu können.

Kinder- und Jugendhilfeleistungen nach SGB VIII haben ihre vorrangige Berechtigung und dürfen nicht aus Finanzierungsproblemen heraus durch Maßnahmen des Sozialgesetzbuches II ersetzt werden. Grundsätzlich bedarf die besondere Bedeutung der Jugendsozialarbeit im Kontext des sozialstaatlichen Grundverständnisses des SGB VIII der Stärkung, weil die Angebote des SGB II für viele junge Menschen nicht deren komplexen Alltagsproblemen, deren Erfahrungen des Scheiterns, deren Lern- und Verselbständigungsproblemen entsprechen. Für eine Stärkung fordert die Kinderkommission eine bessere Verzahnung der Jugendsozialarbeit nach SGB VIII mit den Leistungen nach SGB II. Die Kinderkommission empfiehlt eine bessere finanzielle Absicherung der Aufgabenstellungen der Jugendsozialarbeit, etwa durch eine gesetzliche Ergänzung in den landesgesetzlichen Ausführungsgesetzen zum SGB VIII (im Sinne des § 79 SGB VIII). Dabei wäre auch an eine Stärkung des Jugendwohnens nach §§ 13 Abs.3, 19, 41 SGB VIII zu denken.

Die Kinderkommission möchte die Rechteperspektive des Kindes in den Mittelpunkt stellen. Langfristig sollen alle Rechte von Kindern und alle Leistungen für Kinder in einem Gesetz zusammengefasst werden.

Kontakt

Diana Golze, MdB, Platz der Republik 1
11011 Berlin, Telefon: 030/227-30551
E-Mail: kinderkommission@bundestag.de

Berlin, 16. Juni 2009
www.bundestag.de

Chancen für Kinder – Armutsfolgen verhindern

LVR-Koordinationsstelle und LVR-Sonderprojektförderung

Neue Koordinationsstelle im LVR-Landesjugendamt Rheinland

Armut von Kindern, das umfasst sowohl die finanzielle Not als auch die fehlende Teilhabe an Bildung, Kultur und sozialen Aktivitäten – und sie findet sich in allen Kommunen und Kreisen des Rheinlandes.

Dies stellt Politik und Verwaltungen und hier insbesondere die Jugendämter vor die Herausforderung, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten, Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen für die betroffenen Kinder und ihre Eltern zu initiieren und kommunal vernetzt umzusetzen. Dabei geht es darum, durch frühe und gezielte Förderungen den Folgen der Armut bei Kindern entgegen zu wirken.

Der Landschaftsverband Rheinland unterstützt die Kommunen bei ihren Bemühungen zur Vermeidung der Folgen von Kinderarmut. Ein Paket von Fördermöglichkeiten, Beratung und Fortbildung steht den Jugendämtern zu Verfügung.

Die damit beauftragte dezernatsübergreifende Koordinationsstelle „Kinderarmut“ im LVR setzt hierbei die erfolgreiche Arbeit des Projektes „NeFF – Netzwerk Frühe Förderung“ mit dem besonderen Fokus der Kinderarmut fort.

LVR-Sonderprojektförderung „Kommunale Initiativen und Netzwerke zur Vermeidung von Kinderarmut“

Der LVR-Landesjugendhilfeausschuss Rheinland hat eine Sonderförderung für Projekte zur Unterstützung von kommunalen Initiativen und Netzwerken zur Vermeidung von Kinderarmut beschlossen. Die auf zwei Jahre begrenzte Projektförderung ist Teil der Initiative des LVR zur Unterstützung der Kommunen im Rheinland bei ihren Bemühungen zur Vermeidung der Folgen von Kinderarmut. Die Jugendämter der Kommunen und Kreise können für die Laufzeit von max. 24 Monaten eine Förderung von bis zu 4.000,- EUR pro Jahr beantragen.

Koordinationsstelle Kinderarmut

Leitung: Christoph Gilles, Telefon 0221/809-6253
E-Mail: Christoph.Gilles@lvr.de
Geschäftsführung: Hilke Steenbuck, Telefon 0221/809-6228, E-Mail: Hilke.Steenbuck@lvr.de

Weitere Informationen zur Projektförderung und zum Thema Kinderarmut unter: www.jugend.lvr.de (Pfad: Jugendämter)

SCHLAG

LICHT

Kinderglück

Kinder wollen glücklich sein

Dem Glück auf der Spur

Kinderstudien im Vergleich

DJI-Kinderpanel, LBS-Kinderbarometer, World Vision Kinderstudie, ZDF-Glücksstudie

von Dr. Christian Alt

Auch Kinder können Glück erleben – und sie sind bei Weitem glücklicher als es uns die Aussagen der pessimistischen Katastrophenpropheten zur Kindheit weismachen wollen. Warum und wann aber sind Kinder glücklich?

Für Kinder stellen sich die Phänomene oft anders dar, als Erwachsene es den Kindern unterstellen. Sie haben eigene und eigensinnige Vorstellungen von der Welt und dem Leben; oft müssen die Erwachsenen dann (beschämt) feststellen, dass sie die Kinder unterschätzen.

Der folgende Vergleich zum Thema Glück anhand ausgewählter Kinderstudien, die alle unmittelbar die Sicht der Kinder erheben, eröffnet einen Fächer an gemeinsamen Ergebnissen und Erkenntnissen (siehe Bulletin 85 PLUS sowie Angaben zur ZDF-Glücksstudie am Ende dieses Beitrags).

Die Erfahrung von Glück, das Glücklichsein, das well-being sowie das Glückserleben lassen sich in vielfältigen Bereichen des Alltags von Kindern ausmachen. Kindheit wird im Besonderen von Familie und Nahumwelt, von den Institutionen der Bildung und Betreuung sowie von der jeweiligen Persönlichkeit des Kindes bestimmt.

Die meisten Kinder sind glücklich

84 Prozent der Kinder fühlen sich glücklich oder sehr glücklich (ZDF-Glücksstudie), fast alle Kinder (94 Prozent) finden sich selbst „okay“ (DJI-Kinderpanel: Alt 2008).

Die glücklichsten Momente in der Kindheit

sind für Kinder
– (unverhoffte) Geschenke (56 Prozent),
– Ausflüge, Urlaub/Ferien sowie besondere Anlässe (47 Prozent),
– Freunde haben und sich mit ihnen treffen (30 Prozent, was bereits Aristoteles als unverzichtbar für das Glück betonte).

Bei Jungen ist Fußball häufiger eine Quelle positiver Erlebnisse, bei Mädchen häufiger das Reiten. Mit zunehmendem Alter werden Erlebnisse aus dem Bereich der ersten Liebe deutlich wichtiger, und dies insbesondere für die Mädchen aus der siebten Klasse (LBS-Kinderbarometer 2008).

Das Wohlbefinden in der Familie ist bei den meisten Kindern hoch

Mehr als 90 Prozent der Kinder sind mit der jeweiligen Familiensituation zufrieden oder glücklich. Wichtig für sie ist, dass in ihrer Familie täglich/mehrmals pro Woche gelacht wird.

Zwei Drittel erleben, dass ihre Mutter zumindest mehrmals die Woche etwas mit ihnen gemeinsam unternimmt. Dies trifft jedoch nur für jeden zweiten Vater zu. Die meisten Kinder erfahren einen sozialintegrativen Erziehungsstil und spüren regelmäßig die Liebe

ihrer Eltern. Das Glück der Kinder steht und fällt mit dem Wohlbefinden sowie dem Spektrum an Aktivitäten in der Familie, die jedoch mit steigendem Alter deutlich geringer werden (ZDF-Glücksstudie).

Die Beziehung der (Grundschul-)Kinder zu ihren Eltern wird von den Kindern als durchaus positiv bewertet. Geschwisterbeziehungen werden jedoch deutlich kritischer beurteilt. Die positive Einschätzung des Familienklimas teilen die Kinder – gleichgültig, ob sie in traditionellen oder alternativen Familienformen oder als Einzel- bzw. Geschwisterkinder aufwachsen. Nur zwei Prozent der Kinder beurteilen das Familienklima negativ.

Wohlfühlen heißt jedoch nicht „eitel Sonnenschein" im Familienalltag. Wie die Mehrzahl der Befragten offen zugibt, gehören Konflikte zum normalen Familienleben dazu (häufigster Anlass: Aufräumen im Kinderzimmer). Diese Konflikte werden in aller Regel diskursiv ausgetragen und räumen den Kindern ein großes Maß an Mitsprachemöglichkeiten ein, insbesondere mit dem Schuleintritt (DJI-Kinderpanel).

Die Kinder beschreiben das Familienklima als eher ruhig und wenig konfliktträchtig. Auch sind sie mit den eingeräumten Freiheiten größtenteils zufrieden. Je niedriger die Schicht, desto größer jedoch erscheint das Streitpotenzial und die Unzufriedenheit (World Vision Kinderstudie: Hurrelmann u. a. 2007).

Kinder sind in den typischen Kernfamilien öfters glücklich als in Patchworkfamilien oder bei einem alleinerziehenden Elternteil. Erfreulich ist, dass Einzelkinder (bislang als unglücklich bedauert und gegen das Stereotyp ankämpfend, sozial benachteiligt zu sein) gleich glücklich sind wie Geschwisterkinder; doch mehr als ein Drittel von ihnen hätte gern noch einen Bruder/eine Schwester (ZDF-Glücksstudie).

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht der Kinder

Erwerbstätigkeit beider Eltern gehört zum Alltag von vielen Kindern in Deutschland.

42 Prozent der Kinder leben in einer traditionellen „Ein-Mann-Verdiener"-Familie, 45 Prozent dagegen wachsen mit zwei erwerbstätigen Eltern bzw. mit erwerbstätigen alleinerziehenden Elternteilen auf (World Vision Kinderstudie).

Kinder, deren Väter Vollzeit arbeiten, sind am glücklichsten. Wenn die Mütter noch dazu in Teilzeit arbeiten (bei 45 Prozent ist dies der Fall), sind die Kinder geringfügig glücklicher.

Fragt man nach ihrer Befindlichkeit, dann sind die Kinder im Modell der Breadwinner (Vater ist Alleinverdiener, die Mutter sorgt für Haushalt und Kinder) eher glücklich als traurig (ZDF-Glücksstudie).

Nicht die Berufstätigkeit der Eltern führt zu Zuwendungsdefiziten – im Gegenteil: Eine adäquate Erwerbsbeteiligung wirkt präventiv, d. h. durch die Erwerbsbeteiligung der Mutter wächst neben ökonomischen Ressourcen auch die Zufriedenheit der Mutter. Ferner bietet deren Integration in eigene soziale Netze zusätzliche Möglichkeiten für die Familie.

Aus Sicht der Kinder ist weniger das Ausmaß der Erwerbstätigkeit der Eltern ein Grund für Zuwendungsdefizite, sondern es sind zusätzliche Belastungen, wie sie etwa Alleinerziehende haben oder die Alltagssituation in Familien, in denen Arbeitslosigkeit das Leben dominiert. Insgesamt wünschen sich jedoch die Kinder bis zu 11 Jahren mehr Zuwendung von ihren Vätern. Für 67 Prozent der Kinder nimmt sich die Mutter genügend Zeit für sie, dies gilt jedoch für den Vater nur bei 34 Prozent der Kinder (World Vision Kinderstudie).

Die meisten Kinder gehen gern in die Schule

Wer leicht lernt und einen spannenden Unterricht erlebt (was aus Sicht der Kinder zu 35 Prozent häufiger sein könnte), ist ein glücklicheres Kind, im Gegensatz zu jenen Kindern, die Schule als Belastung empfinden (ZDF-Glücksstudie).

Kinder im Alter von sechs Jahren gehen zu 50 Prozent „sehr gerne" in die Schule, während Schülerinnen und Schüler im Alter von 13 Jahren nur noch zu 16 Prozent gerne die Schule besuchen (DJI-Kinderpanel).

Viele Kinder mit berufstätigen Eltern haben Betreuungslücken, denn ganztags betreut wird nur jedes fünfte Kind, dessen Mutter teilzeitbeschäftigt ist, und jedes zweite Kind, dessen Eltern beide Vollzeit arbeiten (DJI-Kinderpanel; World Vision Kinderstudie).

Die Herkunft hat Einfluss auf die Bildungserwartungen

49 Prozent der Kinder benennen als Bildungsziel das Gymnasium oder das Abitur, wobei sich Mädchen und Jungen an dieser Stelle nicht relevant unterscheiden (World Vision Kinderstudie).

Kinder aus oberen sozialen Schichten, mit größerer Ausstattung an sozialem und kulturellem Kapital, nehmen vermehrt zahlreiche und unterschiedliche Angebote des außerschulischen Bildungsbereichs wahr (z. B. schulnahe, organisierte Freizeitaktivitäten oder häufigere PC-Nutzung). Dies wird unterstützt durch den hohen Stellenwert formaler Bildung im Elternhaus und das damit einhergehende Engagement für Bildungsbelange. Eltern nehmen hier gezielt Einfluss auf den Schulerfolg der Kinder sowie deren Sicht von Schule und Lernen, was das Wohlbefinden der Kinder in der Schule verstärken kann.

Im Gegensatz zu den Kindern aus begüterten Schichten zeigen Kinder aus niedrigeren Schichten starke Brüche zwischen den außerschulischen Erfahrungen und den schulischen Belangen, was sich in der geringeren Unterstützung durch die Eltern wie auch im Mangel an unterstützenden, familiären, aber auch außerschulischen Angeboten ausdrückt. Sie entwickeln sich allem Anschein nach fern von den Anforderungen der Schule, des Lernens und der nachgefragten Kompetenzen. Dies schlägt sich auch in schlechteren Noten dieser Kinder nieder. Hierbei macht sich ausschließlich die Zugehörigkeit zu den niedrigen sozialen Schichten bemerkbar und verhält sich weitgehend unabhängig vom Migrationshintergrund (DJI-Kinderpanel).

Glück reduziert sich, wenn Schule als belastend erlebt wird

Nur knapp die Hälfte der befragten Kinder wurde in der Woche vor der Befragung weder gehänselt, noch beleidigt oder bloßgestellt. Vier Prozent der Kinder jedoch erlebten alle drei Formen (Hänseleien, Beleidigungen sowie Bloßstellung) und sind so typische „Bullying"-Opfer.

Fast die Hälfte der Kinder gab umgekehrt an, in der letzten Woche auch andere Kinder beleidigt, bloßgestellt oder gehänselt zu haben. Dabei beziehen sich häufig die Beleidigungen oder Hänseleien auf körperliche Merkmale der gehänselten Kinder.

Häufige Opfer sind auch häufige Täter, wobei Opfer sowie Täter zu sein sich negativ auf das Wohlbefinden der Kinder auswirkt.

Jedes fünfte Kind fühlte sich zudem in der Woche vor der Befragung durch Lehrerinnen und Lehrer blamiert, was ebenfalls mit einem schlechteren Wohlbefinden zusammenhängt (LBS-Kinderbarometer).

Die Schule hat das Potenzial in sich, bei Kindern das Wohlbefinden zu erhöhen; dies wirkt sich auch – wie von Gehirnforschern nachgewiesen – auf die Effektivität des Lernens aus (ZDFGlücksstudie). Doch: 13 Prozent der Kinder gehen eher ungern zur Schule und fünf Prozent der Kinder fühlen sich in der Klasse nicht wohl.

Wie sehr dieses Unwohlsein auf die Situation in der Schule an sich ausstrahlt, zeigt sich auch darin, dass über 40 Prozent der Kinder im Alter von acht bis neun Jahren oft Angst haben, in der Schule zu viele Fehler zu machen. Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten äußern diese Befürchtung häufiger als Kinder aus höheren Schichten.

Jedes vierte Kind langweilt sich in der Schule – die Jungen deutlich mehr als die Mädchen. Bei jedem siebten Grundschulkind kommt es nach Wahrnehmung der Mütter zu zwei und mehr Belastungssymptomen durch die Schule (z. B. Kopf- und Bauchschmerzen; Angst vor dem Lehrer/der Lehrerin; Sorge um das Abschneiden am nächsten Tag; starke Aufregung beim Aufrufen im Unterricht). Auch in dieser Gruppe der belasteten Schüler sind Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten mit hohem Armutsrisiko überproportional vertreten.

Ferner ist zu beobachten, dass bei anhaltender Armut während der Grundschulzeit eine Leistungsbeeinträchtigung festzustellen ist. Vor allem die länger andauernde Verarmung des Haushalts löst sowohl bei der subjektiven Befindlichkeit als auch bei der objektivierten Kompetenzentwicklung negative Reaktionen der Kinder aus. In dieser Konstellation ist es schwer, glücklich zu sein (DJI-Kinderpanel).

Alle Kinder wünschen sich einen „guten Freund“, eine „gute Freundin“ – das Glück in den Gleichaltrigen-Gruppen

Die meisten Kinder im Alter von acht bis neun Jahren fühlen sich gut in der Welt der Gleichaltrigen eingebunden und sind zufrieden mit den Kontakten unter ihresgleichen.

Sie benennen durchschnittlich sechs Gleichaltrige, mit denen sie sich regelmäßig treffen, mit vier davon verbindet sie eine gute Freundschaft.

Mit ihren Freunden erleben sie viel Spaß, und sie können auf deren Unterstützung zählen. Allerdings benennt jedes 10. Kind keinen einzigen „guten Freund“, keine einzige „gute Freundin“ (DJI-Kinderpanel).

– 21 Prozent der Kinder hätten gerne mehr Freunde,
– sechs Prozent wünschen sich statt mehr Freunden eine gute Hauptfreundin oder einen guten Hauptfreund (World Vision Kinderstudie).

Freunde/Freundinnen fördern das Selbstwertgefühl und Wohlbefinden

Kinder fühlen sich am glücklichsten in ihren Freiräumen sowie beim Zusammensein mit ihren Freunden/Freundinnen. Mit zunehmendem Alter sind sie dabei sogar glücklicher als mit ihrer Familie (was für das zunehmende Bedürfnis nach interpersonaler Intimität steht). Sie wünschen sich Freundschaften, die von einer besonderen Qualität des Vertrauens geprägt sind, d. h. einander Dinge mitteilen, die man anderen nicht anvertraut (DJI-Kinderpanel).

Freunde streiten sich nicht weniger oft als nicht befreundete Kinder. Nach Aussagen der Kinder bemühen sich Freunde aber stärker um eine einvernehmliche Konfliktlösung und zollen einander in diesem Prozess mehr Wertschätzung und Wärme (DJI-Kinderpanel, World Vision Kinderstudie).

Freunde treffen und Fernsehen sind top

90 Prozent der befragten Kinder haben für sich genug Freizeit, was im Gegensatz zu den vom Kindheitsdiskurs unterstellten Aussagen wie „Ende der Spielzeit“ oder „Stresskindheit“ steht. Das Spektrum der Aktivitäten ist bei den Kindern breit gefächert:

– Zwei Drittel betreiben zumindest mehrmals wöchentlich Sport.
– Mehr als die Hälfte sind ebenso oft am PC aktiv (nicht für die Schule).
– Knapp die Hälfte der Mädchen beschäftigt sich jeden Tag mit einem Haustier, die Jungen zu 28 Prozent.
– Die Mädchen lesen häufiger (täglich: 26 Prozent), was zwar das bereichsspezifische Glückserleben signifikant erhöht, nicht aber das globale Kindheitsglück.
– 58 Prozent der Kinder treffen sich täglich mit Freunden oder Freundinnen.
– 41 Prozent spielen, radeln und skaten täglich draußen.
– 41 Prozent hören täglich Musik, was mit steigendem Alter zunimmt.

Die häufigste Freizeitaktivität ist Fernsehen (63 Prozent täglich): An Wochentagen im Alter von sechs Jahren 60 Minuten, bei den Dreizehnjährigen 88 Minuten (ZDFGlücksstudie).

75 Prozent der Kinder gehen im Alter von acht bis 11 Jahren in ihrer Freizeit einer regelmäßigen Gruppenaktivität nach (Verein, Musikschule, Gruppen), dabei dominieren Aktivitäten in einem Sportverein. Immerhin besucht jedes fünfte Kind eine Musikschule. (World Vision Kinderstudie; DJI-Kinderpanel).

Das regelmäßige Mitmachen in Vereinen oder die Nutzung von sonstigen Angeboten ist stark schichtabhängig. Je höher die Schicht, desto größer der Anteil der Aktiven (World Vision Kinderstudie; DJI-Kinderpanel).

Glück benötigt Raum – Wohnen und Umwelt

Kinder sind geborene Adaptionskünstler und können sich mitten in der City oder auf dem Bauernhof glücklich fühlen. Kinder, die in einem Einfamilienhaus mit stets frei zugänglichem Garten aufwachsen, gaben jedoch mehr Kindheitsglück an (48 Prozent) als Kinder, die in Wohnungen (33 Prozent) leben. Wer

in der elterlichen Wohnung genug Platz hat, ist zu 55 Prozent „total glücklich“. Gleiches gilt auch für die Umgebung der Wohnung: Kinder sind glücklich,

– wenn sie genug Platz zum Radfahren und Skaten haben (87 Prozent),
– wenn genug Spielplätze vorhanden sind (70 Prozent),
– wenn sie genug Plätze haben, wo sie nicht gestört werden (60 Prozent).

Wer über solche Nischen nicht verfügt, ist nur zu 30 Prozent „total glücklich“, wer sich dagegen in sehr viele davon „verziehen“ kann, ist es zu 60 Prozent.

Eine gefährliche und laute Wohnumgebung mindert insgesamt das Glück der Kinder (ZDF-Glücksstudie).

Der Aktionsradius von Kindern bezüglich Spielen, Bewegung und Begegnung erstreckt sich zunächst einmal auf die elterliche Wohnung sowie auf das Nahumfeld. Die Möglichkeiten für Kommunikation und Interaktion sind insbesondere vorgegeben durch

– den jeweils begrenzten Platz zum Tollen in der Wohnung,
– die Existenz von Freiflächen oder Spielplätzen in nächster Nähe,
– die Gefahren durch stark befahrene Straßen,
– das Vorhandensein von Gleichaltrigen,
– die Existenz institutioneller Freizeitangebote wie Schwimmbad, Freizeitheime, Bibliotheken oder Vereine.

Knapp ein Drittel der Kinder lebt in Verhältnissen, die man durchaus als mehrfach risikobelastet bezeichnen kann: Die elterliche Wohnung ist klein und schlecht ausgestattet, die nähere Umgebung bietet wenig Spielmöglichkeiten, das Umfeld verfügt über eine hohe Verkehrsbelastung.

Wie die Ausstattung der Umgebung tatsächlich beschaffen ist, hängt zudem in hohem Maße vom Einkommen der Eltern ab: Familien mit niedrigem Einkommen leben häufig in benachteiligenden Wohngegenden mit schlechten Wohnverhältnissen. Etwa ein Drittel der Kinder wächst in benachteiligenden Umwelten auf. Ein Drittel der befragten Kinder wächst dagegen in ausgesprochen günstigen Verhältnissen auf. Ein eigenes Kinderzimmer, viel Platz zum Spielen in der Wohnung, gelegentlich ein eigener Garten oder auch ein eigener Computer mit Internetzugang prägen hier das Bild der Kindheit. Ein Drittel der Kinder wächst in durchschnittlichen Verhältnissen auf (DJI-Kinderpanel).

Das Kind als eigene Persönlichkeit

Persönlichkeitsmerkmale wie Externalisierung, Internalisierung, motorische Unruhe oder sozial und kognitive Aufgeschlossenheit („Little Five“) bestimmen das Handeln sowie die Einstellungen und Emotionen – unabhängig von der sozialen Herkunft. Individuen, die sich in der gleichen sozialen Lage befinden, können unterschiedliche Ausprägungen ihrer Persönlichkeit aufweisen. Dies zeigt sich in besonderem Maße an der Extraversion sowie Introversion.

Je extravertierter, desto glücklicher. – Extraversion begünstigt das Glück. Extravertierte Kinder sind überdurchschnittlich gern mit anderen zusammen, finden schnell Freunde und mögen es, wenn um sie herum viel passiert.

Je introvertierter, desto lieber allein. – Mit der Introversion manifestiert sich der Wunsch der Kinder, lieber allein sein zu wollen. Dies geht im Allgemeinen mit weniger Kindheitsglück einher, wobei der Effekt nicht so stark ist wie bei der Extraversion. Kinder, die eher still sind, wenn sie mit anderen zusammen sind, schätzen sich zu 35 Prozent als total glücklich ein, in der Gesamtstichprobe sind es 40 Prozent (ZDF-Glücksstudie).

Fazit

Eigene Aktivität, eine gehörige Portion Selbstwirksamkeit sowie die Familie und Gleichaltrigen-Gruppen sind die tragenden Säulen für das Glück der Kinder.

Kontakt: Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstraße 2, 81541 München
Dr. Christian Alt; E-Mail: alt@dji.de

Erstveröffentlichung im
DJI Bulletin 85 (Deite 32 ff.),
hrsg. vom Deutschen Jugendinstitut
www.dji.de (Pfad: Veröffentlichungen/Bulletins)

Literatur

Alt, Christian, Hrsg. (2008): Kinderleben – Individuelle Entwicklungen in sozialen Kontexten. Band 5: Persönlichkeitsstrukturen und ihre Folgen. Schriftenreihe des Deutschen Jugendinstituts: Kinderpanel. Wiesbaden

Hurrelmann, Klaus/Andresen, Sabine/TNS Infratest Sozialforschung (2007): Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie. World Vision Deutschland e. V. (Hrsg.). Frankfurt am Main

ZDF Tabaluga tivi-Glücksstudie

Auftraggeber: Zweites Deutsches Fernsehen ZDF
Erhebungszeitraum: 2007
Methoden: Repräsentative quantitative Befragung von 1.200 Kindern und deren Eltern in ganz Deutschland; qualitative Befragung (tiefenpsychologisch geführte Interviews) von Kindern im Alter von vier bis 13 Jahren und deren Eltern (aus dem Raum Köln-Bonn-Düsseldorf).
Durchführung: Prof. Dr. Anton Bucher; Rheingold Institut Köln
Fragestellungen: Was macht Kinder glücklich, und was können wir dafür tun? Wie erleben Kinder Glück? Welchen Einfluss haben Eltern auf das Glücksempfinden ihrer Kinder? Welche Rolle spielen die Medien bei den Glückserfahrungen der Kinder? – Ergebnisse:

– Glücksfaktoren sind insbesondere: Familie, Eltern Freunde/Gleichaltrige.
– Glückskiller Nummer Eins: Hausaufgaben.
– Kinder brauchen ungestörte Räume (für sich).
– Einzelkinder sind nicht weniger glücklich als Geschwisterkinder.
– Glückshemmnis: Armut der Eltern.
– Das Glück sinkt mit dem Alter.
– Medien: Erfahrungsnischen der Kinder gegen das „verlorene Glück“.

Literatur: Pressemeldung des ZDF vom 15.11.2007 zur ZDF Tabaluga tivi-Glücksstudie. Was Kinder glücklich macht. Ein Ratgeber für Eltern. München 2008

SCHLAG LICHT

Freunde

Kinder brauchen Freunde

von Hans Oswald

Die Beziehungen zu gleichaltrigen Kindern sind für die Entwicklung von Kindern von großer Bedeutung. Mit dem Eintritt in den Kindergarten entwickeln Kinder ein großes Interesse an anderen Kindern. Sie spielen gerne miteinander und haben dabei oft großen Spaß. Dieses Interesse aneinander verstärkt sich noch mit dem Eintritt in die Grundschule. Jetzt wird immer deutlicher, welch großen Raum die anderen Kinder in der Klasse in ihrem Denken, Fühlen und Handeln einnehmen. Das Denken wird beispielsweise dadurch beeinflusst, dass Kinder in ihren Klassenkameradinnen und -kameraden Menschen treffen, die ganz anders reden und sich benehmen, als sie es von zu Hause gewohnt sind; deshalb müssen neue Sichtweisen mit dem Gewohnten koordiniert werden. Für das Fühlen, für die Emotionen sind besonders die besten Freundinnen und besten Freunde – meist gehören sie im Grundschulalter dem gleichen Geschlecht an – wichtig. Im alltäglichen Handeln verlangen Gleichaltrige Anpassung und Auseinandersetzung.

Andere Kinder beeinflussen also, so klein und unfertig sie auch sein mögen. Im modernen Wissenschaftsjargon sagt man, die Gleichaltrigen sozialisieren, sie sind wie die Familie oder die Schule eine „Sozialisationsinstanz“, auch sie formen die Persönlichkeit (Oswald 2008). Im Anschluss an die amerikanische Entwicklungspsychologie und Sozialisationsforschung nennt man die Gleichaltrigen auch in deutschen Veröffentlichungen oft „Peers“, womit die Gleichrangigkeit betont wird, was der wichtigere und übergeordnete Gesichtspunkt vor der Gleichaltrigkeit ist. Inzwischen erkennt der Duden die „Peergroup“ als Fremdwort für die Gruppen der Gleichaltrigen an und bemerkt, dass diese Ausdrucksweise vor allem in der Pädagogik üblich sei.

In der Geschichte der wissenschaftlichen und pädagogisch-praktischen Auseinandersetzung mit Kindheit werden die Gleichaltrigen, der Einfluss der Peers, widersprüchlich beurteilt. Auf der einen Seite gibt es eine Tradition des Misstrauens gegenüber diesem Einfluss, und in der Tat ist nicht abzustreiten, dass abweichendes Verhalten in Kindheit und Jugend meist in Gruppen Gleichaltriger geübt wird. Es wird in der Forschung allerdings auch gezeigt, dass dieser negative Einfluss der Peergroup sich vor allem dann entfaltet, wenn die Beziehung zu den Eltern gestört ist oder Eltern einen sehr strengen und mit körperlichen Strafen arbeitenden Erziehungsstil pflegen.

Auf der anderen Seite setzen führende pädagogische Konzeptionen auf die fördernden Kräfte der Kinderwelt. Der Selbstregulation der Kinder wird Raum gegeben, weil die Erfahrungen mit Gleichaltrigen einen förderlichen Beitrag zur Entwicklung des Sozialverhaltens leisten. Dem großen Genfer Entwicklungspsychologen Jean Piaget (1932/1983) verdanken wir darüber hinaus die Einsicht, dass Kinder auch im kognitiven Bereich wichtige Dinge nur von anderen Kindern, nicht aber von Erwachsenen lernen können. Er zeigte überzeugend, dass nur in Auseinandersetzung mit anderen Kindern die Entwicklungsimpulse liegen, die zu höheren Stufen eines autonomen moralischen Urteilens führen. In den Auseinandersetzungen der Kinder entstehen die Fähigkeiten zu Kooperation, Diskurs und Kompromiss.

Das, was Kinder voneinander lernen, unterscheidet sich von der Belehrung durch Erwachsene darin, dass es auf dem Boden von Gleichheit, von symmetrischen Beziehungen geschieht. Gleichrangige, die Peers, haben keine Anweisungsbefugnis übereinander und verfügen nicht über das haushoch überlegene Wissen der Erwachsenen, ihre Lösungen sind also zunächst nicht mehr wert als die eigenen. Anders als in den asymmetrischen Beziehungen zu Erwachsenen kann das Kind in solchen Beziehungen Argumente so austauschen, dass es ihren relativen Wert erkennt. Es gibt Forschungen, bei denen sich zeigte, dass zwei Kinder, die zunächst beide eine (unterschiedliche) „falsche“ Lösung hatten, durch ihre gemeinsame Auseinandersetzung um diese falschen Lösungen dann die richtige Lösung fanden.

Wenn dies schon bei kognitiven Aufgaben möglich ist, bei denen es oft eine eindeutig richtige Lösung gibt, wie viel mehr mag es dann bei Auseinandersetzungen um soziale Probleme, die beim Spielen und Herumtollen entstehen, darauf ankommen, auf der Basis von Gleichheit Argumente auszutauschen, damit zufrieden stellende Lösungen gefunden werden, an die alle Seiten sich halten können? In eigenen empirischen Forschungen, in denen wir Kinder im Klassenzimmer, auf dem Pausenhof, bei Bundesjugendspielen und auf einer Klassenreise beobachtet haben, habe ich zusammen mit Lothar Krappmann herauszufinden versucht, wie Kinder miteinander umgehen, mit welchen Schwierigkeiten sie kämpfen und welche Lösungen sie häufig finden. Einige Ergebnisse werde ich im Folgenden kurz darstellen.

Im Bestreben, dass zukünftige Lehrerinnen und Lehrer diese Erfahrungen über die Interaktionen der Kinder untereinander aus erster Hand machen können, habe ich kürzlich ein kleines Buch von knapp 100 Seiten geschrieben, in dem ich unsere Methode und einige ausgewählte Ergebnisse beschreibe. Mit dieser Schrift möchte ich dazu anregen, dass Studierende im Rahmen ihrer Ausbildung in Schulen und an andere Orte geschickt werden, um das originale Kinderleben zu beobachten und damit Kinder besser

verstehen zu lernen. Ich möchte erreichen, dass die Beobachtenden den Sinn auch der Kinderhandlungen herausfinden, die zunächst unverständlich, manchmal sogar unsinnig erscheinen. Ich habe im Moment die Gelegenheit, am Institut für die Grundschullehrerausbildung der Universität Potsdam zusammen mit Frau Professor Dr. Prengel Studierende Beobachtungen in Klassen der Schuleingangsphase abhalten zu lassen, die diese für ihre B.A.- und M.A.-Zulassungsarbeiten auswerten. Über die Ergebnisse dieser Anwendung bin ich hocherfreut und wir werden an anderer Stelle darüber berichten.

Für solche Beobachtungen gibt es eine Fülle von Themen, von denen ich für das Buch nur einige herausgegriffen habe und hier kurz streifen werde. An erster Stelle des Interesses steht bei unseren Studierenden das Thema Hilfe und Kooperation (vgl. Kapitel 3 des Buches). Dabei ist zunächst erfreulich, wie häufig sich Kinder in uneigennütziger Weise beistehen. Besonders erfolgreich verlaufen Hilfeleistungen und Kooperationsprozesse, wenn Kinder befreundet sind. Wir halten es deshalb für angebracht, befreundete Kinder nebeneinander sitzen zu lassen, weil sie viel voneinander sowohl in kognitiver als auch in sozialer Hinsicht lernen. Die Praxis mancher Lehrerinnen und Lehrer, befreundete Kinder auseinanderzusetzen, halten wir für falsch. Selbst angeordnete Kooperationsaufgaben verlaufen oft chaotisch, wenn die kooperierenden Kinder sich nicht leiden können. Insbesondere leistungsstarke Schülerinnen mit leistungsschwachen Schülern zusammenzuspannen, ist selten erfolgreich. Die Freundschaften der Kinder bilden ebenfalls ein lohnendes Thema, das in Interviews exploriert werden kann (Kapitel 2).

Bei der Beobachtung von Hilfen fällt auf, wie häufig sich vor allem nichtbefreundete Kinder in problematischer Weise helfen. Helfen und Hilfe anzunehmen ist oft schwer und wohlmeinende Ratschläge von Erwachsenen wie „nun helft euch doch“ oder „sei immer hilfsbereit“ oder auch „lass dich nicht ausnützen“ sind wenig nützlich, weil sie von den jeweils konkreten Situationen absehen. Die mitmenschliche Norm des Helfens ist zu allgemein, als dass sie im Alltag ohne weiteres anwendbar wäre. Die Kinder müssen vielmehr selbst herausfinden, unter welchen Umständen wie geholfen und Hilfe angenommen werden kann. Insofern ist dies ein besonders gutes Beispiel dafür, dass Kinder in Interaktionen untereinander ihre sozialen Fähigkeiten entwickeln.

Ein anderes wichtiges Beispiel bilden Streitereien. In der Enge des Klassenzimmers werden oft Normen gebrochen und hiervon betroffene Kinder wehren sich dagegen (Kapitel 4). Bei vielen Auseinandersetzungen geht es um die Regulierung von Nähe und Distanz. Oft ist der Übergang zum Quatschmachen fließend. Immer wieder geht es aber auch um Herabsetzung und Demütigung. Wenn man Kinder fragt, ob sie sich gegenseitig bestrafen, dann verneinen sie dies meistens. Strafe ist eine Handlung, die für die Kinder in den Kontext asymmetrischer Beziehungen gehört. Eltern bestrafen das Kind, Lehrer bestrafen den Schüler. Doch was geschieht, wenn Kinder Kindern gegenüber Regeln brechen?

Auch Kinder reagieren negativ auf Regelbrüche anderer Kinder. Es hat uns aber immer wieder erstaunt, wie vernünftig Kinder mit Normbrüchen ihrer Klassenkameraden umgehen, wie es ihnen in erster Linie darauf ankommt, den Schaden zu begrenzen, die Störung abzustellen, Ordnung herzustellen. Seltener geht es um Sühne und Rache. Diese haben wir dann beobachtet, wenn der Normbruch demütigende Aspekte enthält. Besonders interessant in Bezug auf die Lernprozesse der Kinder sind die Aushandlungsprozesse um den Normbruch und die Strafe.

Ein besonders wichtiges Thema bilden die Interaktionen zwischen Mädchen und Jungen. Im Buch bin ich hierauf nicht in einem eigenen Kapitel eingegangen, obgleich ich über viel Material verfüge (Oswald im Druck, Krappmann/Oswald 1995, Kap. 12 und 13). Bereits in der vierten Klasse ist viel vom Miteinandergehen und von Liebe die Rede. In gemeinsamen Spielen wie „Mädchen jagen Jungen – Jungen jagen Mädchen“ (Kapitel 5) wird die Geschlechtsgrenze überschritten und sind körperliche Berührungen vorsexuellen Charakters erlaubt. Sowohl das „Girly-Verhalten“ der Mädchen als auch das Praktizieren „hegemonialer Männlichkeit“ der Jungen als Aspekte des „doing gender“ bilden lohnende Beobachtungsthemen.

Auf die Methode der teilnehmenden Beobachtung kann hier nicht näher eingehen. Sie ist so ausführlich im Anhang des Buches beschrieben, dass die Ausbilder und Ausbilderinnen an Hochschulen und Fachhochschulen die Studierenden, die sich auf das Abenteuer der Beobachtung in Kindergärten und Schulen einlassen, an Hand der dargestellten Regeln beraten und ihre Ausarbeitungen beurteilen können. Durch das systematische Beobachten und die sorgfältige schriftliche Analyse des beobachteten Kinderverhaltens, wie es ausführlich im Anhang des Buches empfohlen wird, lernen die zukünftigen Lehrer und Lehrerinnen, aber auch die Auszubildenden anderer mit Kindern befasster Berufe Wichtiges über ihre zukünftige Klientel. Sie lernen, Kinder besser zu verstehen und ihnen besser gerecht zu werden.

Hans Oswald (2008): „Helfen, Streiten, Spielen, Toben – Die Welt der Kinder einer Grundschulklasse“. Opladen: Verlag Barbara Budrich. ISBN 978-3-86649-178-6 92 Seiten. 9,90 EUR

Kontakt: Hans Oswald, Telefon 03383/840050, E-Mail: oswald@rz.uni-potzdam.de

Kontakt zum Autor auch über: Bettina Emmerich, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Buchverlage, Autoren u.a. Telefon 0221/424403 E-Mail: emmerich@be-promotion.de www.be-promotion.de

Weiterführende Literatur

Hans Oswald: Kinderfreundschaften: Geschlechtshomogene Peerbeziehungen und Interaktionen über die Geschlechtsgrenze hinweg“. In: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online (EEO). Weinheim und München: Juventa (in Druck)

Lothar Krappmann/Hans Oswald (1995): Alltag der Schulkinder“ München: Juventa.

Jean Piaget (1983, zuerst 1932): „Das moralische Urteil beim Kinde“ Stuttgart: Klett-Cotta.

Mobbing in der Schule

Das Anti-Mobbing-Buch

SCHLAG

LICHT

Mobbing

Entgegen der oftmals sensationsorientierten Darstellung in einigen Medien ist nicht physische Gewalt das größte Problem an deutschen Schulen. Sicherlich sind körperliche Übergriffe in einzelnen Schulformen oder an bestimmten Schulstandstandorten für die Lehrkräfte eine enorme Herausforderung. Die häufigste Gewaltform an allen deutschen Schulen ist jedoch das Mobbing und hier vor allem die verbale Gewalt, das Hänseln, Beleidigen, Beschimpfen.

Die im März 2009 erschienene Studie des KFN (kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen) hat diesen Tatbestand nach der Befragung von 45.000 Schülerinnen und Schülern erneut bestätigt.

Deutschland ist beim Mobbing an Schulen weltweit eine der führenden Nationen. Eine zweifelhafte Ehre. Wo die Gründe dafür zu suchen sind ist momentan noch nicht erforscht. Sicher ist jedoch, dass es das Phänomen Mobbing schon immer an Schulen gegeben hat. Seinen Namen bekam es erst im Laufe wissenschaftlicher Forschung in den 1970er Jahren.

Dass Klassenkameraden ausgeschlossen oder fertigt gemacht worden sind – daran können sich bestimmt viele Erwachsene auch heute noch erinnern.

Für einen rationalen Umgang mit Mobbing ist es erforderlich zu verstehen, was man genau unter dieser Gewaltform zu verstehen hat. Denn der Begriff selbst wird auch von Kindern fast schon inflationär verwendet. Fragt man nach, so weiß fast niemand genau, was Mobbing tatsächlich ist. Besonders an Schulen ist ein solches Wissen aber unerlässlich, um gezielt und erfolgreich gegen Mobbing vorgehen zu können. Denn egal, was zum heute flächendeckenden Schikanieren an deutschen Schulen geführt hat: Für die Lösung verantwortlich sind immer die dort tätigen Lehrkräfte.

Dabei ist die Erklärung sehr einfach. Mobbing umfasst die meisten Gewaltformen, aber nur dann, wenn zusätzlich die folgenden vier Merkmale gleichzeitig auftreten:

– Kräfteungleichgewicht: Das Opfer ist immer alleine und steht einem oder mehreren Mobbern und deren Mitläufern gegenüber.
– Häufigkeit: Die Übergriffe auf das Opfer kommen mindestens einmal pro Woche vor.
– Dauer: Die Übergriffe erfolgen bereits über einen längeren Zeitraum (Wochen oder Monate).
– Konfliktlösung: Das Opfer ist aus eigener Kraft nicht in der Lage, das Mobbing zu beenden.

In einer Studie der Vereinten Nationen zur Gewalt gegen Kinder wird verlangt: „Schulen müssen sichere, kinderfreundliche Orte sein: Alle Kinder haben ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung.“ Dass diese Forderung an Schulen zu selten umgesetzt wird, liegt häufig am fehlenden Kenntnisstand vieler Lehrkräfte. Für die erfolgreiche Planung und Durchführung von Anti-Mobbing-Arbeit sind jedoch nur einige wenige Grundlagen erforderlich. Vor allem die folgenden Aspekte sollten an Schulen berücksichtigt werden:

Um eine größtmögliche Effizienz der Maßnahmen zu erreichen, muss die Anti-Mobbing-Arbeit vor allem die unteren Klassen betreffen. Sowohl Täter als auch Opfer können so frühzeitig sozialverträglichere und sozialerfolgreichere Verhaltensweisen erlernen.

Im Fokus müssen die häufigeren Gewaltformen (v.a. verbale Gewalt) stehen, da somit ein Lerneffekt der Mobber in die falsche Richtung unterbunden oder zumindest erschwert wird. Wer kleine Gewalt vermindert, beugt großer Gewalt wirksam vor.

Schulen müssen einheitliche und klare Regeln für den Umgang miteinander entwickeln und darauf achten, dass diese konsequent eingehalten werden. Hierbei gilt: Je weniger Regeln, desto leichter sind sie umzusetzen. Bei Regelverstößen muss zeitnah nach einem hierarchisch geordneten Folgenkatalog reagiert werden. Für die Umsetzung sind vor allem die Lehrkräfte zuständig; sie sind der Dreh- und Angelpunkt der Anti-Mobbing-Arbeit. Sie sind aber auch wichtige Rollen-Vorbilder für Kinder und sollten sich dieser Funktion bewusst sein. Ihre Reaktionen sind mit entscheidend für die Verfestigung oder Auflösung einer Mobbing-Situation.

Gleichzeitig ist auch das Miteinbeziehen von Klassenmitgliedern für die Lösung von Gewaltproblemen von großer Bedeutung, auch in Hinblick auf die Erweiterung sozialer Kompetenzen aller Schülerinnen und Schüler in einer Lerngruppe. Der Täter-Opfer-Komplex umfasst immer nur wenige Personen. Wird der Rest der Lerngruppe in die Intervention miteinbezogen, ist die Anonymität der Mobbing-Situation aufgehoben, die Mobber beenden ihre Übergriffe.

In Lerngruppen hat der Opferschutz Vorrang vor allen anderen Maßnahmen, er muss in allen Bereichen innerhalb der Schule gewährleistet sein. Gerade für diesen Bereich ist die Mitarbeit möglichst vieler Schülerinnen und Schüler aus der Klasse erforderlich.

Wie in so vielen Bereichen in Schule gilt auch bei Mobbing der Grundsatz: „Patentlösungen gibt es nicht, sonst hätte man sie schon erfunden“ (Kilb/Weidner/Gall 2006, S. 165). Das Anti-Mobbing-Buch von Mustafa Jannan zeigt jedoch, dass es bereits heute viele erfolgreiche und erprobte Wege gibt, um der Gewalt an Schulen zu begegnen. Der Autor erklärt knapp und verständlich die wesentlichen Hintergründe von Mobbing.

Schwerpunkt des Buches ist jedoch der Praxisbezug: Schulen und Lehrkräfte bekommen ein ganzes Bündel von konkreten Anregungen, was sie gegen Mobbing unternehmen können. Dass diese Tipps nicht am grünen Tisch ersonnen wurden, das gewährt die jahrelange Arbeit des Autors mit Mobbing-Opfern an vielen Schulen. Was hier empfohlen wird, ist tatsächlich in der Praxis erprobt.

Dies zeigt sich auch in der Konzeption des Buches: Der umfangreiche Anhang mit Literatur- und Materialempfehlungen sowie einer Vielzahl von Kopiervorlagen ist zusätzlich als kostenloser Download im Internet verfügbar. Dieser Bereich wird darüber hinaus regelmäßig vom Autor aktualisiert, was vor allem für die empfohlenen Internet-Seiten von Bedeutung ist.

Ganz aktuell ist das Anti-Mobbing-Elternheft als Ergänzung erhältlich. Die 32 Seiten starke Broschüre wendet sich an Eltern von gemobbten Kindern und gibt wertvolle Tipps, was man selber tun kann, um sein Kind zu Hause und in der Schule zu unterstützen.

Mustafa Jannan: Das Anti-Mobbing-Buch. Gewalt an der Schule – vorbeugen, erkennen, handeln. 192 Seiten. 19,95 EUR. Beltz Praxis. ISBN 978-3-407-62654-7. Die zweite, aktualisierte Auflage erscheint voraussichtlich im Herbst 2009.

Kontakt zum Autor: mustafa.jannan@kt.nrw.de

Kinderschutz

in gemeinsamer Verantwortung von Schule und Jugendhilfe

Fachkonferenzen am 9.11.2009 in Münster und am 03.02.2010 in Köln

Die gesetzliche Verankerung des Kinderschutzes in § 8a SGB VIII und im § 42 Abs. 6 Schulgesetz NRW fordern Jugendhilfe und Schule in NRW gleichermaßen dazu auf, Hinweisen auf Kindeswohlgefährdungen konsequent und systematisch nachzugehen.

Zur wirkungsvollen und nachhaltigen Umsetzung des Schutzauftrags müssen Vereinbarungen innerhalb der einzelnen Schule sowie zwischen Schule und den Jugendämtern erarbeitet und abgestimmt werden, die Vorgehensweisen, Anhaltspunkte für das Erkennen von Kindeswohlgefährdung sowie Kontaktpersonen in beiden Systemen nennen. Die notwendige Regelung des Ernstfalls ist zugleich ein wichtiger Schritt zum Aufbau nachhaltiger Vernetzungsstrukturen im Bereich der präventiven Hilfen.

Gefordert sind die verantwortlichen Akteure auf der Planungs- und Entscheidungsebene im schulischen Bereich und in den Jugendämtern. An diese richten sich zwei Fachkonferenzen – am 09.11.2009 für den Bereich Westfalen-Lippe, am 03.02.2010 für den Bereich des Rheinlandes.

Im Mittelpunkt beider Konferenzen – Veranstalter sind das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW, die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland und die Serviceagentur „Ganztägig lernen NRW“/Institut für soziale Arbeit e.V. – stehen Praxisbeispiele. Vertreterinnen und Vertreter von Schule und Jugendhilfe aus Kommunen und Kreisen beschreiben, welche Klärungsprozesse notwendig sind, welche Qualifizierungsbedarfe es gibt – und präsentieren von ihnen erarbeitete Vereinbarungen zum Umgang mit Kindeswohlgefährdung und im Bereich der präventiven Hilfen.

Die Fachkonferenzen zeigen, wie Kinderschutz in gemeinsamer Verantwortung von Schule und Jugendhilfe gestaltet werden kann und bieten Raum für die gemeinsame Diskussion von schulischen und Jugendhilfeakteuren über Erfahrungen, „Stolpersteine“ und Lösungen.

Die Konferenz am 9. November 2009 findet in der Westfälisch-Lippischen Sparkassenakademie in Münster statt.

Die Konferenz am 3. Februar 2010 findet im LVR-Landesjugendamt in Köln-Deutz statt.

Kontakte

Für den 09.11.2009: Frau Spogis, Telefon 0251/591-3654, E-Mail veronika.spogis@lwl.org

Für den 03.02.2010: Herr Mavroudis, 0221/809-6932, E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de

sowie Dr. Sigrid A. Bathke, Institut für soziale Arbeit e.V., Telefon 0251/92536-11, E-Mail: sigrid.bathke@isa-muenster.de

Die Ausschreibungen unter: www.ganztag.nrw.de

PRAXIS

Lecker Schule Klausen

Jugendarbeit und Bildung im Rheinland – am Beispiel eines Kooperationsprojektes von Schule und Jugendhilfe aus Remscheid

von Richard Ulrich

„Lecker Schule Klausen“ steht für den Versuch, allen Beteiligten Schule wieder schmackhaft zu machen und über die Zusammenlegung von Kompetenzen bessere Lernmöglichkeiten zu entwickeln.

Bereits seit 1992 kooperieren die Gemeinschaftshauptschule Klausen und die Jugendhilfe Remscheid „Die Schlawiner“, um gemeinsam Betreuungsangebote für die Sekundarstufe I zu entwickeln und durchzuführen. Begonnen hatte es mit einem „Schüler/innencafé“ in den Räumlichkeiten des damals noch städtischen Kinder- und Jugendzentrum „JUGI“ in Remscheid-Lüttringhausen-Klausen, das etwa drei Minuten Fußweg vom Schulzentrum Klausen – bestehend aus der Gemeinschaftshauptschule Klausen und dem Leibnizgymnasium – entfernt liegt.

Dreimal in der Woche wurde das Haus bereits um 13.00 Uhr für Schülerinnen und Schüler geöffnet, um diesen die Möglichkeit einzuräumen, gemeinsam Schularbeiten zu machen oder sich nach der Schule zu treffen und zu entspannen. Das Angebot wurde jedoch fast ausschließlich von Schülern und Schülerinnen der Hauptschule angenommen. Außerdem wurde immer wieder von Auseinandersetzungen zwischen der Schülerschaft beider Schulformen im Schulgebäude und auf den Schulhöfen berichtet. Auch in Gesprächen mit den Lehrerinnen und Lehrern wurden Spannungen deutlich.

Nachdem 1995 die „Schlawiner“ das Kinder- und Jugendzentrum in eigene Trägerschaft übernommen hatten, war der Weg frei, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern beider Schulen ein Café in den Räumen des Schulzentrums zu planen und Fördermittel des Landesjugendplans zu beantragen. Maßgeblich für die Bewilligung war hierbei, dass Remscheid eine der Modellstädte des damaligen Landesprojektes „Jugendhilfe und Schule“ war.

Ein ehemaliger Kartenraum der Hauptschule wurde von den Schülerinnen und Schülern, unter der Beteiligung einiger Eltern und mit der Unterstützung durch je einen Lehrer der beiden Schulen zum Café umgebaut. So konnte im Frühjahr 1995 das „Schüler/innencafé“ im Schulzentrum Klausen starten.

Es war vom ersten Tag an eine Erfolgsstory: Bis zu 70 Schüler und Schülerinnen nutzen seither täglich die Möglichkeit, sich in der Schule zu treffen, Freistunden zu überbrücken, oder auch nur mal kurz vorbeizuschauen und sich blicken zu lassen. 1997 wurde das Projekt mit einer lobenden Erwähnung beim Initiativenpreis des Paritätischen Jugendwerkes NRW ausgezeichnet.

Nach Beendigung der Projektfinanzierung durch den Landesjugendplan verpflichtete sich die Stadt Remscheid zur Weiterfinanzierung. Bei Gesprächen mit Eltern, Lehrenden und Schülerinnen und Schülern wurde aber sehr schnell klar, dass es einen hohen Bedarf an gesicherter Betreuung bis in den späten Nachmittag hinein gab.

Aus diesen Gesprächen entstand 1999 eine verlässliche Ganztagsbetreuung an der Gemeinschaftshauptschule Klausen, die an fünf Tagen bis 17.00 Uhr in den Räumen der Schule und des ca. 250 Meter entfernten Kinder- und Jugendzentrum Lüttringhausen durchgeführt wird. Ähnlich wie bei einem Buffet wird eine Auswahl unterschiedlicher, sehr flexibler Angebote unterbreitet, bei dem nicht Allen Alles „schmecken" muss, wo aber für Jeden etwas „Leckeres" dabei ist – daher auch der Name „Lecker Schule Klausen" (siehe PJW-Arbeitshilfe „Kooperation von Jugendhilfe und Schule" von November 2004).

In den Jahren 2000 bis 2002 konnten zusätzlich durch eine Finanzierung über den Landesjugendplan SOKO-Kurse (Soziale-Kompetenz-Trainings) u. a. an der GHS Klausen angedockt werden.

Zurzeit nehmen etwa 60 Schülerinnen und Schüler ein oder mehrere Angebote wahr. Personell sind drei Hauptamtlerinnen und Hauptamtler und mehre Honorarkräfte damit beschäftigt, die Angebote zu koordinieren und durchzuführen. Unterstützt werden sie von den Lehrkräften.

Aber nicht nur die Angebote für die Schüler und Schülerinnen haben sich bewährt. Durch den enger gestalteten Kontakt mit den Eltern konnten viele muslimische Frauen davon überzeugt werden, einen Deutschkurs zu besuchen, um sich besser um die schulischen Probleme ihrer Kinder kümmern zu können. So wurden in den letzten Jahren kontinuierlich Sprach- und Alphabetisierungskurse in Zusammenarbeit mit der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) Remscheid und dem Verein Stadtteil e.V. – gefördert über den Deutschen Sprachverband – in der Schule und im Kinder- und Jugendzentrum Lüttringhausen erfolgreich durchgeführt.

„Lecker Schule Klausen" hinterlässt nicht nur Spuren in der Schule, sondern im ganzen Stadtteil

Trotz der erfolgreichen Arbeit in all den Jahren, die ständig von einem gegenseitigen Lernprozess geprägt war, gibt es noch viel zu tun. Vor allem die verbesserte Zusammenarbeit mit den Eltern – hier besonders die mit Migrationshintergrund – ist eines der vorrangigen Ziele für die Zukunft.

Die Angebote stehen ständig auf dem Prüfstand. Die Diskussion über die PISA-Studie macht deutlich, dass es notwendig ist, die Stärken der Schule und der Jugendhilfe gemeinsam zu Gunsten der Schülerinnen und Schüler einzusetzen. Beide sollten sich als gleichberechtigte und gleichwertige Partner verstehen und sich einander sinnvoll ergänzen. Voraussetzung hierfür ist Professionalität, Kontinuität und die Zusammenarbeit mit den Eltern.

Mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 wurde das Angebot nochmals erweitert und verändert. Das Jugendamt der Stadt Remscheid hat gemeinsam mit Freien Trägern der Jugendhilfe ein Programm zur Förderung, Integration und Bildung für benachteiligte Schülerinnen und Schüler (FIBS) konzipiert. Zum einen liegt der Schwerpunkt des Angebotes jetzt nicht mehr in der Betreuung, sondern in der Förderung bildungsbenachteiligter Schülerinnen und Schüler. Zum anderen wurde das Angebot auf die Klassen 8 bis 10 ausgeweitet.

Durch die Veränderung des Schwerpunktes hat sich die Zusammenarbeit zwischen der Schule und uns als freiem Träger nochmals deutlich verbessert. In den Bereichen Theater, Tanz und Medienarbeit werden nun gemeinsam mit Lehrkräften der GHS Klausen Wahlpflichtangebote am Nachmittag durchgeführt. Alle Angebote werden gemeinsam von den „Schlawi-

Praxismesse zum „Ganztag in der Sek. I" am 15. April 2010

Vorankündigung

Für den 15.04.2010 planen die Serviceagentur Ganztägig Lernen NRW/Institut für soziale Arbeit eine Praxismesse zum Ganztag in der Sek. I. Vorgesehen sind Fachvorträge, Workshops und ein Austellermarkt. Zielgruppe sind interessierte Fach- und Lehrkräfte, die mit Jugendlichen im Ganztag und im Bereich ganztagsorientierter Angebote arbeiten.

Die Ausschreibung demnächst unter: www.ganztag.nrw.de

Denkanstöße V

Ganztags unterwegs – Jugendhilfe und Schule in neuen Bildungslandschaften

Beiträge zur Sicherung und Entwicklung von Qualität im Rahmen der Kooperationen in Angeboten offener und gebundener Ganztagsschulen – Eine Arbeitshilfe des PJW NRW

Der Aufbau flächendeckender Ganztagsangebote in Schulen als Ausweg aus der Bildungsmisere hat längst begonnen. Die Angebote für Schulkinder im Elementarbereich (Horte etc.) werden in NRW seit 2003 zunehmend durch die Offene Ganztagsgrundschule ersetzt. Mittlerweile verbringt fast jedes vierte Grundschulkind in NRW einen großen Teil seines Tages im Umfeld der Schule. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren zunehmend auf die Sekundarstufe I ausweiten.

Der fünfte Band der Reihe „Denkanstöße" des Paritätischen NRW widmet sich dem Thema Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Die Broschüre beleuchtet, vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren gewachsenen Zahl an Mitgliedsorganisationen in diesem Feld, vorrangig die Offene Ganztagsgrundschule im Widerstreit zwischen erkennbaren Vorzügen des Konzepts und aktuellen Hindernissen für einen guten Ausbau. Neben fachlichen Beiträgen ausgewählter Autoren kommt dabei auch die Praxis vor Ort nicht zu kurz.

Bezug gegen Schutzgebühr von 7,- EUR (für Mitgliedsorganisationen im Paritätischen 5,50 EUR) zzgl. Versandkosten bei: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Loher Straße 7, 42283 Wuppertal, per Telefax: 0202/2822-201, im Internet: www.paritaet-nrw.org Ansprechpartnerin: Frau Gebauer, Telefon 0202/2822-323, E-Mail: marion.gebauer@paritaet-nrw.org

nern“ und der GHS Klausen konzipiert und gemeinsam umgesetzt. So ist es möglich, die jeweiligen Stärken der Schule und der Jugendhilfe zum Nutzen der Schüler und Schülerinnen zu bündeln.

Mit Beginn des Schuljahres 2009/2010 werden wir erstmals gemeinsam mit einer Lehrkraft und in Kooperation mit der Naturschule Grund im Vormittagsbereich den Biologieunterricht für die neuen Fünftklässler durchführen. Das Angebot wird einmal wöchentlich im 14-tägigen Wechsel an der GHS Klausen und an der Naturschule Grund stattfinden.

Veränderung und Verbesserung sind notwendig, weil: Lecker bleibt ein Buffet nur so lange, wie die angebotenen Speisen frisch sind und die Rezeptur stimmt. Das gleiche gilt natürlich auch für eine „leckere Schule“.

Kontakte
Richard Ulrich, „Die Schlawiner“ gGmbH
Klausen 22, 42 899 Remscheid
Telefon 02191/953-246
E-Mail: dieschlawinerggmbh@t-online.de
GHS Klausen, Herr Thorsten Gresser
Lockfinkerstr. 23, 42899 Remscheid
Telefon 02191/50824
E-Mail: ghs-klausen@str.de

Veröffentlichungen zum Projekt:

„Blättern der Wohlfahrtspflege“ 1/2003
„Arbeitshilfe: Kooperation von Jugendhilfe und Schule“, DPWV und PJW 1/2003
„Arbeitshilfe: Kooperation von Jugendhilfe und Schule“, DPWV und PJW 2/2004, überarbeitete Auflage
„Jungen – stark und trotzdem schwach?“, nds – Das Magazin der Bildungsgewerkschaft GEW 7/8 2005
„Jungs brauchen mehr als Schule“, Praxis der Jungenarbeit 5, PJW, LVR, LAG Jungenarbeit 2005
Jugendhilfe Report 4/2007: Bildung mit Schule – Die Jugendhilfe ist dabei, LVR-Landesjugendamt Rheinland

Verzahnung zwischen Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten im offenen Ganztag

Neues Heft der Reihe „Der GanzTag in NRW“ erschienen

Im neuen Heft der Reihe „Der GanzTag in NRW“ der Serviceagentur „Ganztägig lernen in NRW“ beschreibt Hans Haenisch ein vielfältiges Spektrum der Formen und Möglichkeiten zur bildungsfördernden Verbindung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten, die sich in offenen Ganztagsschulen beobachten lassen. Haenisch bezieht dabei die strukturierte Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und dem außerunterrichtlichem Personal nicht nur auf Inhalte des Unterrichts, sondern auch auf die motivationale und soziale Seite des Lernens. Die Beispiele und Erfahrungen resultieren aus der qualitativen Studie, die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung zur OGS durchgeführt wurde – und bieten vielfältige Anregungen für die Praxis.

Kostenloser Download sowie Bestellhinweise unter www.ganztag.nrw.de

Mal mal Familie

Bundesweiter Malwettbewerb rückt Trennungskinder in den Fokus

LVR ruft Kinder im Rheinland zur Teilnahme auf

„Mal mal Familie“ – so lautet die Aufforderung auf den bunten Faltblättern, die in hunderten von Schulen und Kitas in ganz Deutschland verteilt werden. Sie werben für einen bundesweiten Malwettbewerb, der von dem Verein „Forum für Trennungskinder e.V.“ ins Leben gerufen wurde und den der Landschaftsverband Rheinland (LVR) unterstützt. Kinder und Jugendliche im Alter von vier bis 14 Jahren sollen ihre Vorstellung von Familie aufs Papier bringen. Die Aktion macht auf die Situation von Trennungs- und Scheidungskindern aufmerksam und rückt dieses Thema auch in Diskussionsforen im Anschluss an den Wettbewerb auf die Tagesordnung.

„Der LVR arbeitet mit seinem Landesjugendamt und seinen 41 Förderschulen für die Kinder und Jugendlichen im Rheinland und sorgt für deren Wohlergehen. Er unterstützt die Aktion ‚Mal mal Familie’ gerne, weil der Malwettbewerb und die anschließende Diskussion die Perspektive der Kinder in den Mittelpunkt stellt. So wird die Gesellschaft für das wichtige Thema der Trennungskinder sensibilisiert“, so LVR-Schul- und Jugenddezernent Michael Mertens.

Prominente Unterstützung bekommt die Malaktion von den Bundestagsabgeordneten Dr. Lale Akgün (SPD), Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen), Miriam Gruß (FDP) und Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU). Sie sitzen in der Jury und wählen die schönsten Bilder unter den Einsendungen aus, die mit Sachprämien und Urkunden prämiert werden. Die besten Bilder werden nach dem Wettbewerb im Rahmen einer Wanderausstellung gezeigt.

An dem Wettbewerb, der neben dem LVR auch von der Aktion Mensch und dem Amt für Kinderinteressen der Stadt Köln unterstützt wird, können alle Kinder teilnehmen – nicht nur Trennungskinder.

Einsendeschluss für die Bilder ist der 6. November 2009.

Weitere Informationen unter www.fftk.de/Kinder.html

Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis 2010

Praxispreis der Kinder- und Jugendhilfe zum Thema „Experimentierraum Jugend ohne soziale Sicherheit“

Der Praxispreis der Kinder- und Jugendhilfe wird seit mehr als fünfzig Jahren vergeben. Für das Jahr 2010 schreibt die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis in der Kategorie Praxispreis der Kinder- und Jugendhilfe zum Thema „Experimentierraum Jugend ohne soziale Sicherheit“ aus. Hierbei wird insbesondere die Jugendarmut in den Mittelpunkt des Interesses gestellt. Zwar ist Kinderarmut in Deutschland ein gravierendes Problem, weitaus dramatischer ist jedoch die Armut von Jugendlichen. Unter den 16- bis 24-Jährigen hat die Jugendarmut ein erschreckendes Ausmaß angenommen.

Mit der Auswahl des Themas des Praxispreises soll Jugend wieder mehr in den Mittelpunkt des Interesses gestellt werden. Mit der Ausschreibung angesprochen werden Träger der Jugendhilfe, die mit Jugendlichen an deren Zukunft arbeiten. Ausgezeichnet werden sollen Arbeiten, die zu dem jeweils ausgeschriebenen Thema innovative Modelle, Konzepte bzw. Strategien der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe beschreiben und dieser neue Impulse geben sowie zu ihrer Weiterentwicklung beitragen. Der Praxispreis ist mit 4.000,- Euro dotiert.

Der Einsendeschluss für den Praxispreis 2010 ist der 31. Oktober 2009.

Informationen und Bewerbungsunterlagen bei:
Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Sabine Kummetat
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon 030/40040219, E-Mail: jugendhilfepreis@agj.de
www.agj.de (Pfad: jugendhilfepreis)

Junges Engagement gewinnt!

PlusPunkt KULTUR Neue Wettbewerbsrunde für junges Engagement in der Kultur gestartet

Unter der Schirmherrschaft von Bundesministerin von der Leyen schreibt die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (BKJ) zum zweiten Mal den Engagementwettbewerb PlusPunkt KULTUR aus. Bewerben können sich junge Menschen im Alter von 14 bis 30 Jahren mit eigenen Projekten oder Projektideen sowie Einrichtungen, die gemeinsam mit jungen Engagierten ein Projekt planen.

Gefragt sind Projekte und Konzepte, die wichtige gesellschaftspolitische Themen mittels Kunst und Kultur thematisieren und junge Menschen zu einem freiwilligen Engagement in der Kultur motivieren. Den Bewerberinnen und Bewerbern sind innerhalb der fünf Themenschwerpunkte „InterKultur“, „Mehr Kultur an Schulen“, „Kultur im Brennpunkt“, „Kultur von Jung und Alt“ und „Kultur und globale Verantwortung“ keine Grenzen gesetzt. Ob ein HipHop-Projekt im Stadtteil, die künstlerische Schulhofgestaltung oder ein deutsch-italienisches Kurzfilmprojekt – die 30 Gewinner erwarten professionelle Qualifizierungsmaßnahmen, etwa im Bereich Projektmanagement oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie ein Preisgeld in Höhe von je 1000,- EUR.

Einsendeschluss des zweiten PlusPunkt KULTUR ist der 1. November 2009.

Weitere Informationen unter:
www.plus-punkt-kultur.de
www.twitter.com/PlusPunkt
www.bkj.de

Kontakt: Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V., Mühlendamm 3
10178 Berlin, Ansprechpartner:
Matthias Riesterer, Telefon 030/24781111

Noch mehr gute Schulen in Deutschland

Der Deutsche Schulpreis geht in die vierte Runde

„Dem Lernen Flügel verleihen!“ Unter diesem Motto schreiben die Robert Bosch Stiftung und die Heidehof Stiftung in Zusammenarbeit mit dem *stern* zum vierten Mal den Deutschen Schulpreis aus. Prämiert werden sieben Schulen, die pädagogisch Herausragendes leisten und Vorbilder für die Schulentwicklung in Deutschland sein können.

Bewerben können sich alle allgemeinbildenden Schulen bis zum 30. September 2009.

Grundlage des Deutschen Schulpreises ist ein umfassendes Bildungsverständnis. Sechs Qualitätsbereiche spielen dabei eine entscheidende Rolle: Leistung, Umgang mit Vielfalt, Unterrichtsqualität, Verantwortung, Schulleben und Schule als lernende Institution. Um die Innovationskraft der Preisträger für die Schulentwicklung in Deutschland zu nutzen, gehören die ausgezeichneten Schulen für fünf Jahre der Akademie des Deutschen Schulpreises an.

Der Hauptpreis ist mit 100.000,- EUR dotiert; vier weitere Preise sind mit je 25.000,- EUR ausgestattet. Zudem werden zwei Auszeichnungen mit je 15.000,- EUR vergeben: Der „Preis der Jury“ würdigt eine Schule, die unter ungewöhnlichen, oft ungünstigen Bedingungen Hervorragendes leistet. Der „Preis der Akademie“ ehrt eine Schule, die auf einem Gebiet mit ihrer „pädagogischen Erfindung“ Außergewöhnliches vollbringt.

Weitere Infos und Bewerbungsunterlagen unter: www.deutscher-schulpreis.de

Vision 2025

NRW

Wie sieht deine Zukunft aus?

Landesweiter Ideenwettbewerb im Rahmen des Paktes mit der Jugend

Unter dem Motto „Vision 2025 – Wie sieht deine Zukunft aus?“ veranstaltet das Jugendministerium im Rahmen des Paktes mit der Jugend den ersten landesweiten Ideenwettbewerb für Jugendliche. „Mit dem Ideenwettbewerb wollen wir junge Menschen an der politischen Diskussion über die Zukunft unserer Gesellschaft beteiligen. Wir möchten ihnen eine Plattform anbieten, ihre eigenen Visionen und Ideen zu formulieren und sich damit bereits heute an der Gestaltung der Zukunft aktiv zu beteiligen“, sagte Jugendminister Armin Laschet anlässlich der Vorstellung des Wettbewerbs in Düsseldorf am22. Juni 2009.

Der Ideenwettbewerb „Vision 2025“ greift die Themenfelder der Zukunftskommission auf. Ein weiterer Wettbewerb, der die Zukunftskommission aufgreift, ist der Studierendenwettbewerb, der an den Hochschulen stattfindet. Der Studierendenwettbewerb will Ideen und Konzepte anregen, um mehr kreative Köpfe in NRW zu halten oder für NRW zu begeistern. Der 1.Preis wird mit 2000,- EUR, der 2.Preis mit 1000,- EUR und der 3.Preis mit 500,- EUR belohnt.

Laschet sagte: „Wichtig ist, dass wir diejenigen mit einbeziehen, die unsere Zukunft sind: Die Jugendlichen und nachfolgenden Generationen, die in Nordrhein-Westfalen leben und aufwachsen. Wir wollen erfahren, was sie denken und welche Vorschläge und Überlegungen sie zu ihren zentralen Themen der näheren Zukunft haben.“

Über zwei Millionen Jugendliche im Alter von 12 bis 21 Jahren in NRW sind eingeladen, sich mit den verschiedenen Facetten und Visionen der Zukunft in kreativer Form auseinanderzusetzen und ihre Ideen in Bildern, Fotos oder Filmen festzuhalten. Sie können ihre Vorstellungen in vier Themenfeldern auf kreative Weise zum Ausdruck bringen. „Es wird besonders spannend sein zu sehen, was unsere Jugend zu den verschiedenen Fragestellungen zu sagen hat“, erklärte Armin Laschet. „Der Wettbewerb trägt so dazu bei, das Bewusstsein für die Gesellschaft und die Politik zu schärfen und die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen zu stärken und auszubauen. Aus diesem Grund freue ich mich besonders auf die Kreativität, die Fantasie und eine bunte Vielfalt an Wettbewerbsbeiträgen und möchte alle Jugendlichen auffordern, uns ihre kreativen Ideen mitzuteilen“, so Laschet weiter.

Um den Jugendlichen einen vielfältigen Zugang zu öffnen, steht der Ideenwettbewerb auf mehreren Säulen:

– „Tour 2025“: Mit Beginn des neuen Schuljahres startet die „Tour 2025“ durch insgesamt 15 Städte quer durch NRW. In öffentlichen Kreativwerkstätten erhalten die Teilnehmer vor Ort die Möglichkeit, ihre Vorstellungen unter fachlicher Anleitung zu einem der vier Themenfelder zu entwickeln.
– „Kreativ im Team“: Wer mit der Jugendgruppe oder mit Freunden im Team teilnehmen möchte, kann seine Kreativität frei entfalten. Wettbewerbsbeiträge sind in jeder Form willkommen: als Collage, Zeichnung, Fotografie, Geschichte, Gedicht oder Film. Anleitungen und Anregungen für Gruppenarbeiten

sowie Begleitmaterialien sind auf der Internetseite *www.yougle.nrw.de* zu finden.

– „Kreativ im Web“: Für alle die, die lieber von zu Hause aus mitmachen möchten, wird im Internet unter *www.yougle.nrw.de* ein Online-Baukasten bereit stehen, der es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern leicht macht, ihre Vision der Zukunft mit einigen wenigen Clicks in Form eines Posters oder einer Postkarte zu gestalten.
– „Trendbarometer“: Ergänzend zum gestalterischen Bereich des Ideenwettbewerbs können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der Internet-Plattform *www.yougle.nrw.de* anonym eine persönliche Bewertung verschiedener Zukunftsszenarien abgeben. Eine sofortige grafische Auswertung zeigt das aktuelle Stimmungsbild über die Einschätzung der Jugendlichen zu ihren Zukunftsvisionen.

Alle eingereichten Wettbewerbsbeiträge werden von einer Jury gesichtet und die besten Arbeiten prämiert.

Einsendeschluss für alle kreativen Beiträge ist der 30. November 2009.

Der Ideenwettbewerb „Vision 2025“ ist Teil des Paktes mit der Jugend, den die Landesregierung im Juni 2008 mit den landeszentralen Trägern der Jugendarbeit des Landes NRW geschlossen hat. Damit hat die Landesregierung erstmals wesentliche Teile der jugendpolitischen Aktivitäten in NRW gebündelt. Hier haben sich die auf Landesebene bestehenden Organisationen der Jugend in NRW unter einem gemeinsamen Dach zusammengefunden. Gemeinsam repräsentieren sie fast 270 Verbände, Trägergruppen und Initiativen, erreichen weit mehr als zwei Millionen Jugendliche in NRW und weit über eine Viertel Million junger Menschen, die in diesen Strukturen ehrenamtlich tätig sind.

Die Paktpartner haben sich im Pakt mit der Jugend auf gemeinsame Ziele und Schwerpunkte der Jugendarbeit geeinigt. Die Landesregierung hat zu diesem Zweck zusätzliche fünf Millionen EUR im Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW zur Verfügung gestellt. Der Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW erreicht damit ein Volumen von über 80 Millionen EUR.

Informationen zum Ideenwettbewerb „Vision 2025“ sowie zum „Pakt mit der Jugend“ im Internet unter:

www.yougle.nrw.de

www.mgffi.nrw.de, 22.06.2009

Initiative „Komm mit! Fördern statt Sitzenbleiben“

Zwischenbilanz fällt positiv aus

Ein Schuljahr wiederholen zu müssen, ist für alle Betroffenen ein Graus. Schülerinnen und Schüler werden aus ihrer vertrauten Klasssengemeinschaft gerissen, für das System Schule hingegen sind die unnötigen „Ehrenrunden“ extrem kostspielig.

Um dem Problem dauerhaft entgegenzuwirken, haben das nordrhein-westfälische Schulministerium, der Verband Bildung und Erziehung, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Philologen-Verband sowie der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen im letzten Jahr die Initiative „Komm mit! Fördern statt Sitzenbleiben“ ins Leben gerufen. Am 5. März 2009 zogen die Partner eine positive Zwischenbilanz.

So lassen sich bereits erste Erfolge der Initiative, die von der Stiftung Partner für Schule NRW unterstützt wird, erkennen: Statt der ursprünglich geplanten 300 Schulen beteiligen sich an „Komm mit!“ nun insgesamt 412 weiterführende Schulen. Die Anzahl nicht versetzter Schülerinnen und Schüler ist in diesem Schuljahr weiter gesunken. Die Quote liegt jetzt bei 2,7 Prozent und damit auf dem niedrigsten Stand seit dem Beginn des Erhebungszeitraums 1997/1998. Im Vergleich zum Vorjahr ist sie damit um 0,4 Prozentpunkte gesunken. Dies entspricht einer Reduzierung um 15 Prozent. Um diesen positiven Trend fortzusetzen und zu verstärken, arbeiten die 412 „Komm mit!“-Schulen an guten Beispielen gelingender individueller Förderung, die die Sitzenbleiberquote weiter reduzieren helfen und die auch auf andere Schulen übertragbar sind.

Schulministerin Barbara Sommer und die Vertreterinnen und Vertreter der Lehrerorganisationen sind sich einig, dass es im weiteren Projektverlauf nun vorrangig darum gehen müsse, den teilnehmenden Schulen Werkzeuge an die Hand zu geben, mit denen sie eine erhöhte Versetzungsgefährdung erkennen und Gegenmaßnahmen ergreifen können. Dies wird ermöglicht durch einen Vergleich der eigenen Sitzenbleiberquoten oder der Minderleistungen in einem bestimmten Unterrichtsfach mit den Daten von anderen Schulen. So können gezielte Fördermaßnahmen entwickelt werden.

Gemeinsam beschlossen die Partner, das Projekt zum Schuljahr 2009/2010 auszuweiten. Weitere 400 weiterführende, allgemein bildende Schulen können sich bis zum 15. September 2009 beim nordrhein-westfälischen Schulministerium bewerben. Auch die neuen Schulen erhalten eine Unterstützung im Umfang von 0,3 Lehrerstellen zur Ausrichtung ihrer Förderpraxis im Sinne des Projekts.

Weitere Inforamtionen zur Initiative „Komm mit! Fördern statt Sitzenbleiben“ im Internet unter:

www.partner-fuer-schule.nrw.de

www.msw.nrw.de, 05.03.2009

Zum Thema „Sitzenbleiben“ siehe auch den Beitrag „Studie der Bertelsmann Siftung zu Klassenwiederholungen zeigt: „Teuer und unwirksam“ in der Sparte BUND

Medienzentren

NRW

www.medienzentrum.schulministerium.nrw.de

Neue Webseite fördert eine enge Zusammenarbeit von Schulen und kommunalen Medienzentren

Schulen und kommunale Medienzentren in Nordrhein-Westfalen wollen in Zukunft noch enger zusammenarbeiten. Dazu wurde das neue Webangebot *www.medienzentrum.schulministerium.nrw.de* der „Initiative Bildungspartner NRW Medienzentrum und Schule“ freigeschaltet.

Die landesweite Initiative ist eine Kooperation von Schulministerium, kommunalen Spitzenverbänden, Städtetag NRW, Landkreistag NRW sowie Städte- und Gemeindebund NRW. Sie unterstützt die Schulen „auf dem Weg zu einer Lernkultur der Eigenaktivität und Selbstständigkeit, in der sich Schülerinnen und Schüler durch aktive Auseinandersetzung mit Inhalten, Sachzusammenhängen und Meinungen solides Wissen und grundlegende mediale und methodische Kompetenzen aneignen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

Schulministerin Barbara Sommer begrüßt die neue Initiative: „Lernen und Medien gehören zusammen. Informationen müssen erfasst, weiterverarbeitet und präsentiert werden. Aktive Medienkompetenz auf der Grundlage eines soliden Wissens ist eine Schlüsselkompetenz in immer mehr Berufen.“

„In den Städten und Kreisen des Landes stellen die Medienzentren der Kommunen schon seit vielen Jahren als selbstverständliche Partner der Schulen deren technische und inhaltliche mediale Grundversorgung sicher. Damit kommen die kommunalen Schulträger ihrer Verantwortung nach, ihren Schulen moderne, digitale Bildungsmedien, eine attraktive Medientechnik und weitere vielfältige Mediendienstleistungen zur Verfügung zu stellen“, unterstreichen Dr. Stephan Articus vom Städtetag NRW, Dr. Martin Klein vom Landkreistag NRW und Dr. Bernd Jürgen Schneider vom Städte- und Gemeindebund NRW.

„In der heutigen Informationsgesellschaft gewinnen Medien und deren Beherrschung eine immer zentralere Bedeutung. Medienzentren, die ihre speziell auf Lehrpläne hin produzierten Medien, ihr qualifiziertes Bildungsangebot und ihr Know-how im Bereich Medientechnik und -management auf die Anforderungen der einzelnen Schulen abstimmen, leisten einen wichtigen kommunalen Beitrag zur Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht“, bestätigen LVR-Direktor Harry K. Voigtsberger und LWL-Direktor Dr. Wolfgang Kirsch. Die beiden Landesmedienzentren der Landschaftsverbände koordinieren die Initiative mit ihrer gemeinsamen Medienberatung NRW.

Die Bildungspartnerschaft Medienzentrum und Schule will die schon vorhandene Zusammenarbeit weiter intensivieren und dem Lernen mit und über Medien neue Impulse geben. Schulen profitieren dabei nicht nur von dem attraktiven Medienangebot für den Unterricht. Das kommunale Medienzentrum berät und begleitet die Schulen fachkundig bei der kompetenzorientierten Weiterentwicklung ihrer Lern- und Medienkonzepte und unterstützt die Schulträger bei der Medienentwicklungsplanung.

Die Medienberatung NRW ist ein gemeinsames Angebot des LVR-Zentrums für Medien und Bildung mit dem LWL-Medienzentrum für Westfalen im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen und der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe.

Kontakt

Christiane Bröckling, Bildungspartner NRW
LVR-Zentrum für Medien und Bildung – Düsseldorf
Bertha-von-Suttner-Platz 1, 40227 Düsseldorf
Telefon 0211/89-28107, E-Mail:
christiane.broeckling@lvr.de

www.msw.nrw.de
14.04.2009

„Kooperation. Konkret.“

Kongress zur Initiative „Bildungspartner NRW“ am 18.11.2009 in Dortmund

Verlässliche Partnerschaften von Schulen mit kommunalen Bildungs- und Kultureinrichtungen sind ein wichtiger Baustein einer lebendigen vernetzten Bildungsregion. Bei dem Kongress werden Impulse gegeben, in gemeinsamer Bildungsverantwortung von Kommune und Land attraktive und gut aufeinander abgestimmte Bildungsangebote vor Ort zu schaffen.

Infos und Programm unter:
www.medienberatung.nrw.de

Lernen vor Ort

BUND

Einmalige Partnerschaft von Bund, Kommunen und Stiftungen

40 Kommunen ausgezeichnet

Quennet-Thielen: „60 Millionen EUR für bessere Bildung vor Ort“

Das größte Programm des Bundes zur Weiterentwicklung des lebensbegleitenden Lernens ist einen wichtigen Schritt vorangebracht worden: Die besten Konzepte deutscher Kommunen für innovative regionale Bildungsangebote wurden am 17. Juni 2009 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ausgezeichnet. „Mit dem 60 Millionen EUR umfassenden Programm stärken wir in einer einmaligen Partnerschaft aus Bund, Kommunen und Stiftungen den Standortfaktor Bildung“, sagte die Staatssekretärin im BMBF, Cornelia Quennet-Thielen, in Berlin. „In den Kommunen durchlaufen die Menschen ihre Bildungsbiographie – von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Wir fördern deshalb Konzepte, in denen aufeinander abgestimmte Bildungsangebote das lebensbegleitende Lernen weiterentwickeln. Die 40 ausgewählten Projekte sind der beste Beweis dafür, wie Lernen vor Ort zum unmittelbaren Nutzen der Bürgerinnen und Bürger praktiziert werden kann.“

Bei den nun ausgewählten Kommunen sind Großstädte ebenso vertreten wie kleine und mittlere Kommunen in Ballungszentren und in ländlichen Regionen. Zur Umsetzung ihrer Ziele richten viele Kommunen Bildungsbüros ein. Hier werden erstmals die auf verschiedene Ämter und Dezernate verteilten Bildungszuständigkeiten koordiniert. Die Bürgerinnen und Bürger können sich bei dieser zentralen Anlaufstelle über die (Weiter-)Bildungsangebote ihrer Kommunen informieren und sich beraten lassen.

An einer ersten Auswahlrunde im Februar dieses Jahres hatten sich über 200 Kreise und kreisfreie Städte beteiligt. 57 Standorte wurden daraufhin zur Antragstellung aufgefordert. Eine Jury hat aus dieser Gruppe nun 40 Konzepte ausgewählt, die ab September 2009 an den Start gehen sollen. Bei den ausgewählten Kommunen handelt es sich um 17 Kreise und 23 Städte aus 15 Bundesländern (siehe nächste Seite).

„Lernen vor Ort“ ist ein zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung, die unter dem Motto „Aufstieg durch Bildung“ Bildungsangebote innovationsbereiter Kommunen zunächst drei Jahre lang fördert. Besonders erfolgreiche und transferfähige Vorhaben können um weitere zwei Jahre verlängert werden. Hierfür stellen das BMBF und der Europäische Sozialfonds 60 Millionen EUR zur Verfügung. Ein aus 29 Stiftungen bestehender und eigens gegründeter Stiftungsverbund, dem über 80 weitere Stiftungen assoziiert sind, unterstützt die Kommunen durch Patenschaften. Jeder ausgewählte Standort kann von einer Stiftung in einer „lokalen Grundpatenschaft“ unterstützt werden. Neben der Grundpatenschaft können die Stiftungen auch

„Themenpatenschaften“ zu einzelnen Schwerpunkten der kommunalen Projekte übernehmen.

„Deutsche Stiftungen haben „Lernen vor Ort“ von Anfang an mitgestaltet“, so Dr. Roland Kaehlbrandt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Frankfurt am Main und einer der Sprecher des Stiftungsverbundes „Lernen vor Ort“. „Stiftungen sind gute Partner für dieses neuartige Kooperationsprojekt. Erstens kann man mit ihnen neue Wege gehen, denn sie sind unabhängig und innovationsbereit. Zweitens kennen sie sich an ihren Standorten bestens aus. Drittens haben sie zentrale Bildungsthemen vorangebracht, von der frühkindlichen Bildung bis zur Zuwandererintegration.

Die Länder sind über Vertreter der Kultusministerkonferenz sowie der Wirtschafts- und der Arbeitsministerkonferenz an der Steuerungsgruppe des Programms beteiligt, die gleichfalls am Mittwoch erstmalig zusammengetreten ist. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten und Sozialpartnerinnen und -partnern werden Bund und Länder in dieser Steuerungsgruppe die 17 Kreise und 23 kreisfreien Städte bei ihren Projekten begleiten.

Über 100 deutsche Stiftungen übernehmen Patenschaften für innovationsbereite Kommunen

Insgesamt 106 deutsche Stiftungen übernehmen Patenschaften im Rahmen des neuen Kooperationsprojektes „Lernen vor Ort“. Sie unterstützen 40 ausgewählte Kommunen, die sich mit überzeugenden Konzepten innerhalb der nächsten drei Jahre auf den Weg zu einem kohärenten Bildungswesen vor Ort machen wollen. Ziel ist, dass sich die Kommunen zu hervorragenden Bildungsstandorten entwickeln, an denen die Bürger in einem schlüssigen und übersichtlichen Bildungssystem eine erfolgreiche Bildungsbiographie durchlaufen können, und zwar von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Damit sollen Zersplitterung und Unübersichtlichkeit der öffentlichen und privaten Bildungsangebote überwunden werden. Die beteiligten Stiftungen stellen den Kommunen im Rahmen von Patenschaften ihr Fachwissen und ihre Erfahrungen im Management von erfolgreichen Bildungsprojekten, in der Prozessberatung und in der Erarbeitung innovativer Ideen jenseits des staatlichen und kommunalen Zuständigkeitsdenkens zur Verfügung. Die Stiftungen engagieren sich so in einer einzigartigen Partnerschaft aus Bund, Ländern, Kommunen und Stiftungen zugunsten besserer Bildung vor Ort. Das BMBF und der Europäische Sozialfonds haben insgesamt 60 Millionen EUR für das Projekt zur Verfügung gestellt. Bei den ausgewählten 40 Kommunen handelt es sich um 17 Kreise und 23 Städte aus 15 beteiligten Bundesländern. 11 Kommunen liegen in den neuen Ländern und 29 Standorte in den alten Ländern.

Die große Zahl der Stiftungen ist auch zustande gekommen, weil zahlreiche örtliche Stiftungen sowie etwa 20 Bürgerstiftungen ihre Bereitschaft erklärt haben, sich an der Patenschaft für ihre Heimatkommune zu beteiligen. 21 ostdeutsche lokale Stiftungen sowie vier überregional agierende Stiftungen unterstützen die geförderten Kommunen in den neuen Ländern.

Stiftungen mit breitem Förderspektrum im Bildungsbereich unterstützen eine Kommune durch so genannte „lokale Grundpatenschaften“. Dabei stehen sie mit ihrer Expertise für die Dauer von drei Jahren zur Verfügung. Stiftungen mit fokussierter thematischer Ausrichtung (z.B. Heranführung an Naturwissenschaften) übernehmen u.a „Themenpatenschaften“ für ihre Kommunen. In 13 Kommunen wurden bereits lokale Stiftungsverbünde mit drei bis neun örtlichen Stiftungen gegründet, die gemeinsam Patenschaften übernehmen wollen.

Die 40 zu fördernden Kreise und kreisfreien Städte

– **Baden-Württemberg**
Stadt Freiburg im Breisgau
Stadt Mannheim
Rems-Murr-Kreis

– **Bayern**
Stadt Kaufbeuren
Landkreis Lindau (Bodensee)
Landkreis Mühldorf am Inn
Landeshauptstadt München
Stadt Nürnberg

– **Brandenburg**
Landkreis Barnim
Landkreis Elbe-Elster

– **Bremen**
Freie Hansestadt Bremen

– **Hamburg**
Freie und Hansestadt Hamburg

– **Hessen**
Stadt Frankfurt am Main
Stadt Offenbach
Rheingau-Taunus-Kreis

– **Mecklenburg-Vorpommern**
Landkreis Müritz
Landkreis Ostvorpommern
Landkreis Uecker-Randow

– **Niedersachsen**
Stadt Osnabrück
Landkreis Osnabrück
Landkreis Soltau-Fallingbostel
Landkreis Stade

– **Nordrhein-Westfalen**
Stadt Aachen
Kreis Borken
Stadt Duisburg
Stadt Essen
Stadt Herne
Stadt Köln
Kreis Lippe
Kreis Recklinghausen

– **Rheinland-Pfalz**
Stadt Speyer
Stadt Trier

– **Saarland**
Regionalverband Saarbrücken

– **Sachsen**
Landeshauptstadt Dresden
Landkreis Görlitz
Stadt Leipzig

– **Sachsen-Anhalt**
Stadt Dessau-Roßlau

– **Schleswig-Holstein**
Hansestadt Lübeck

– **Thüringen**
Stadt Erfurt
Kyffhäuserkreis

Auf nationaler Ebene wurde der Stiftungsverbund „Lernen vor Ort“ gegründet. Ihm gehören inzwischen 29 Stiftungen an. Eine Geschäftsstelle koordiniert die Arbeit des Verbundes. Der Verbund wird im Verlauf des Programms weitere Stiftungen aufnehmen, die eine Grundpatenschaft übernehmen oder programmweite Themenpatenschaften anbieten. Im Stiftungsverbund werden die Erfahrungen ausgetauscht und die notwendigen Absprachen getroffen, die zu einer optimalen Unterstützung und Begleitung aller Standorte erforderlich sind. Der Verbund ist die Koordinierungsstelle für die lokalen Unterstützungen und zugleich Partner des BMBF.

Anlässlich des Empfangs für die Kommunen, die nun ab September ihre Vorhaben umsetzen, wies die Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Cornelia Quennet-Thielen, auf die Stärkung des Standortfaktors Bildung durch die einmalige Partnerschaft von Bund, Kommunen und Stiftungen hin. „In den Kommunen durchlaufen die Menschen ihre Bildungsbiographie – von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Weiterbildung“, sagte die Staatssekretärin. „Wir fördern deshalb Konzepte, in denen aufeinander abgestimmte Bildungsangebote das lebensbegleitende Lernen weiterentwickeln. Die 40 ausgewählten Projekte sind der beste Beweis dafür, wie Lernen vor Ort zum unmittelbaren Nutzen der Bürgerinnen und Bürger praktiziert werden kann.“

„Deutsche Stiftungen haben „Lernen vor Ort“ von Anfang an mit gestaltet“, so Dr. Roland Kaehlbrandt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Frankfurt/Main und Mitglied im Sprecherteam des Stiftungsverbundes Lernen vor Ort.

„Stiftungen sind gute Partner für dieses neuartige Kooperationsprojekt. Erstens kann man mit ihnen neue Wege gehen, denn sie sind unabhängig und innovationsbereit. Zweitens kennen sie sich an ihren Standorten bestens aus. Drittens haben sie zentrale Bildungsthemen vorangebracht, von der frühkindlichen Bildung bis zur Zuwandererintegration.“

„Lernen vor Ort“ bietet eine einzigartige Chance für die Zusammenarbeit zwischen Staat und Stiftungen“, sagt Dr. Heike Kahl, Geschäftsführerin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. „Stiftungen können besonders dazu beitragen, die Zivilgesellschaft vor Ort zu stärken und Bildung damit in jeder Kommune zu einer Gemeinschaftsaktion zu machen. Sie möchten ihren Teil dazu beitragen, dass die bessere Koordination und Steuerung im Bildungsbereich auch bei denen ankommt, um die es geht: Die jungen sowie die erwachsenen Bürgerinnen und Bürger.“

Kontakt

Programmstelle „Lernen vor Ort“ beim Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (PT-DLR),
Heinrich-Konen-Straße 1, 53227 Bonn
Telefon 0228/3821-322
E-Mail: Lernen-vor-Ort@dlr.de
www.Lernen-vor-Ort.info

www.bmbf.de, 17. Juni 2009

Das LVR-Landesjugendamt Rheinalnd unterstützt Jugendämter bei der (Weiter-)Entwicklung Kommunaler Bildungslandschaften/ Regionaler Bildungsnetzwerke.

Ansprechpartner ist Herr Mavroudis
Telefon 0221/809-6932
E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de

Weitere Informationen zum Programm „Lernen vor Ort“ auch in „Jugendhilfe & Schule inform“ 4/2008, Seite 33 ff.

Regionale Bildungsnetzwerke in Nordrhein-Westfalen

Schulen sind ein wichtiger Baustein zum Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen. Allein können sie jedoch ihre Aufgabe nicht meistern. Regionale Bildungsnetzwerke unterstützen deshalb die Idee eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses, indem sie über Altersgrenzen hinweg schulisches und außerschulisches Lernen in den Mittelpunkt stellen. Durch die Zusammenführung der lokalen Bildungs-, Erziehungs- und Beratungssysteme zu einem Gesamtsystem gelingt eine Optimierung der Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Regionale Bildungsnetzwerke schaffen den Schulen, Kommunen und der Schulaufsicht in Nordrhein-Westfalen bisher nicht bekannte Informations- und Kommunikationsplattformen. Landesweit werden dafür drei Gremien geschaffen: Regionale Bildungskonferenzen, Lenkungskreise und Geschäftstellen bilden die Strukturen der Bildungsnetzwerke. Mit den regionalen Bildungsnetzwerken haben das Land Nordrhein-Westfalen und die Städte und Kreise die Chance, aber auch die Pflicht, flächendeckend miteinander zu kooperieren und ein ganzheitliches Bildungskonzept zu entwickeln.

In folgenden 25 Regionen sind Kooperationsvereinbarungen zwischen Land und Kommune bereits getroffen worden: Hochsauerlandkreis, Kreis Soest, Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Kreis Herford, Kreis Höxter, Kreis Gütersloh, Kreis Steinfurt, Kreis Unna, Kreis Warendorf, Stadt Duisburg, Stadt Solingen, Stadt Krefeld, Stadt Bonn, Stadt Köln, Stadt Bochum, Stadt Dortmund, Stadt Hamm, Stadt Münster, Stadt/Kreis Aachen, Kreis Düren, Stadt Gelsenkirchen, Stadt Mülheim a.d. R., Kreis Borken, Kreis Lippe. Weitere Regionen sind inzwischen gefolgt bzw. folgen im Laufe des Jahres: Ennepe-Ruhr-Kreis, Stadt Herne, Kreis Olpe, Kreis Paderborn, Stadt Düsseldorf, Stadt Remscheid, Stadt Oberhausen, Kreis Euskirchen, Oberbergischer Kreis, Stadt Bottrop. – Bis Ende 2010 sollen in allen Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens regionale Bildungsnetzwerke entstehen.

Weitere Informationen unter www.schulministerium.nrw.de

Weiterführende Beiträge zum Thema in den Ausgaben 1/2008 und 4/2008 von „Jugendhilfe & Schule *inform*“

BUND

„Sitzenbleiben“ kostet knapp eine Milliarde EUR

Studie der Bertelsmann Stiftung zu Klassenwiederholungen zeigt: „Teuer und unwirksam“

Sitzenbleiben ist laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung teuer und unwirksam. Knapp eine Milliarde EUR geben die deutschen Bundesländer insgesamt jährlich für Klassenwiederholungen aus. Das hat der Bildungsforscher Klaus Klemm im Auftrag der Stiftung berechnet. Dieses Geld ist offenkundig schlecht angelegt: Die Untersuchung macht deutlich, dass Sitzenbleiben pädagogisch wirkungslos ist.

Der Studie des renommierten Bildungsforschers zufolge betragen die jährlichen Gesamtausgaben für Klassenwiederholungen in Deutschland 931 Millionen EUR. Diese Berechnung umfasst die zusätzlichen Personalausgaben für die Schulen und die Schulverwaltung, den laufenden Sachaufwand sowie die Investitionsausgaben differenziert nach jedem einzelnen Bundesland. Die Studie berücksichtigt dabei auch die unterschiedlichen Verfahren der Zuweisung von Lehrerstellen (Klassenbezug oder Schülerzahlenbezug) in den Bundesländern.

Klemm belegt anhand jüngerer Forschung, dass Sitzenbleiben keine Verbesserung der schulischen Leistungen bei den Klassenwiederholern bewirkt. Doch auch die im Klassenverbund verbliebenen Schülerinnen und Schüler haben offenkundig nichts davon, dass die Schwächeren nicht versetzt und die Leistungsfähigkeit in der Klasse dadurch homogener wird.

„Die Studie macht deutlich, dass wir auf unnötige Klassenwiederholungen verzichten sollten. Klassenwiederholungen sind keine Lösung. Statt einer frühen schülerorientierten Förderung verschieben wir den Zeitpunkt wirksamer Unterstützung und verpassen ihn dabei“, unterstreicht Dr. Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung. „Klassenwiederholungen sollten eine Ausnahme beispielsweise für den Fall langwieriger Erkrankungen sein.“ Die Milliarde, die das Sitzenbleiben jährlich koste, könne erheblich besser investiert werden, so Dräger, der für die Bildungsprojekte der Stiftung verantwortlich ist. Viel sinnvoller sei es, mit dem Geld die individuelle Förderung an den Schulen voran zu bringen: „Jeder Schüler lernt anders. Dieser Tatsache müssen wir stärker in unseren Schulen Rechnung tragen und Konzepte zur individuellen Förderung entwickeln. Andere Länder sind auf diese Weise bei der Bildung erfolgreicher als wir.“

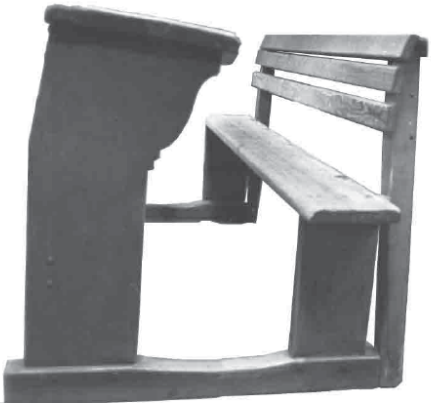
Zum Thema „Sitzenbleiben“ siehe auch den Beitrag „Initiative „Komm mit! Förern statt Sitzenbleiben“ in der Sparte NRW in diesem Heft.

Klassenwiederholungen sind nach wie vor eine beliebte pädagogische Maßnahme in deutschen Schulen. Laut der Studie der Bertelsmann Stiftung mussten im Schuljahr 2007/2008 etwa eine Viertelmillion der Schülerinnen und Schüler allgemein bildender Schulen eine Klasse wiederholen. Dabei gibt es zwischen den Bundesländern große Unterschiede. Während sich die Wiederholerquote beispielsweise in Baden-Württemberg auf 1,7 Prozent belief, waren es in Bayern 3,6 Prozent.

Auch zwischen den Schularten gab es eine erhebliche Spannweite im Bereich der Klassenwiederholungen: In den Grundschulen lag die Wiederholerquote bei 1,3 Prozent, in den Realschulen hingegen bei fünf Prozent. Insgesamt wird laut PISA-Studie (2003) in keinem anderen Land vom Sitzenbleiben so häufig Gebrauch gemacht wie in Deutschland: 23,1 Prozent der Fünfzehnjährigen haben im Laufe ihrer Schulzeit schon mindestens einmal eine Klasse wiederholt.

Sitzenbleiben ist zudem in den Köpfen vieler Eltern und Lehrkräfte nach wie vor ein fester Bestandteil des deutschen Schulsystems. Nach einer FORSA-Umfrage aus dem Jahr 2006 schätzen 66 Prozent der Deutschen das Sitzenbleiben als sinnvoll ein und wollen es als pädagogische Maßnahme beibehalten. Eine Abkehr von dem Instrument der Klassenwiederholung ist also noch nicht in Sicht, auch wenn in einzelnen Bundesländern und Schulen durchaus ein Umdenken eingesetzt hat. Dass Sitzenbleiben wirkungslos ist, ist aber offenkundig noch nicht angekommen. „Das muss sich ändern, denn wir gehen weder mit der Lebenszeit und dem Entwicklungspotenzial der Kinder noch mit den öffentlichen Mitteln verantwortungsvoll um“, so Dräger.

Die Studie zum Download unter:
www.bertelsmann-stiftung.de
(Pfad: Presse/Nachrichten 03.09.2009)



Erster Europäischer Jugendbericht

Mehr Wissen über die Jugend

Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Der erste europäische Jugendbericht wurde als Arbeitspapier der Europäischen Kommission am 27. April 2009 gemeinsam mit der Mitteilung „Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment“ veröffentlicht und dient der Untermauerung der darin beschriebenen politischen Strategie und der Definition diverser Begrifflichkeiten. Der Bericht soll von nun an alle drei Jahre erscheinen. Der erste europäische Jugendbericht stützt sich vor allem auf vorhandenes Datenmaterial von Institutionen und Quellen der EU, aber auch auf Ergebnisse unterschiedlicher jugendbezogener Forschungsprojekte aus dem Forschungsprogramm der EU.[1] Eine ganze Reihe der Daten ist aus dem BEPA-Bericht (April 2007) bekannt. Mit der vorliegenden Positionierung liefert die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ eine Bewertung des ersten Europäischen Jugendberichts mit Perspektive auf Anforderungen an eine kinder- und jugend-(hilfe-)politisch sinnvolle Weiterentwicklung dieses Instruments hin zu einem regelmäßigen, unabhängig erstellten, wissenschaftlich und politisch praktischen Referenzdokument für die Gestaltung und Weiterentwicklung von Jugendpolitik in Europa.

1. Kernaussagen des Berichts und Bewertungen

Der Jugendbericht umfasst die großen Themenbereiche Demographie, Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung, aktive Bürgerschaft sowie Lebensstile. Im Folgenden werden die jeweiligen Kernaussagen dargestellt und durch Einschätzungen und Klärungsbedarfe aus Sicht der AGJ ergänzt.

Demographie, familiale Lebensformen

Derzeit leben 96 Millionen junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren in der EU. Damit bilden sie 19,4 Prozent der europäischen Gesamtbevölkerung. Projektionen lassen erwarten, dass sich der Anteil im Jahr 2050 auf 15,3 Prozent reduziert haben wird. Im Bericht wird der Versuch unternommen, die Lebensphase „Jugend“ abzugrenzen. Dabei wird deutlich, dass eine gemeinsame klare Definition in der Gemeinschaft kaum möglich ist, da sich die verschiedenen Konzepte der Mitgliedstaaten für Reife und Mündigkeit an unterschiedlichen Aspekten fest machen, wie Altersabgrenzung für Kindergeld und Ende der Schulpflicht. Die bekannten Veränderungen familialer Lebensformen – Aufschub der Heirat, Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften, Zunahme der Geburt von Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Zunahme der Scheidungsrate – werden als genereller Trend für alle EU-Länder festgestellt. Dennoch gibt es eine sehr große Variationsbreite in den familialen Lebensformen junger Erwachsener in diesen Ländern. Dies wird im Hinblick auf

– das Alter bei Auszug aus dem Elternhaus (zwischen 21 und 31 Jahren),
– die Anteile nichtehelicher und ehelicher Lebensgemeinschaften junger Erwachsener (zwischen 13 und 41 Prozent der 15- bis 29-jährigen Frauen leben in nichtehelicher Lebensgemeinschaft, zwischen 20 und 60 Prozent der 25- bis 29-jährigen Frauen sind verheiratet),
– die Geburtenrate und das Alter der Frau bei der Geburt des ersten Kindes (zwischen 24,7 und 30 Jahren) sowie
– die Anteile der Geburten in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (zwischen fünf und 58 Prozent)

dargestellt.

In den Ausführungen wird nach Geschlecht und Alter bzw. Altersgruppen differenziert. Abschließend wird kurz auf zwei unterschiedliche Muster von Generationsbeziehungen hingewiesen, die einerseits in nördlichen und westlichen und andererseits in südlichen und östlichen EU-Ländern vorherrschen.

Bei der Darstellung der familialen Lebensformen wäre eine weitergehende Differenzierung nach Bildungsniveau und Ausbildungs- und Erwerbsstatus angebracht. Die Fokussierung auf familiale Lebensformen hat zur Folge, dass andere Lebensformen junger Erwachsener (Alleinleben, „Living apart together“, Leben in Wohngemeinschaften o. ä.) außer Betracht bleiben. Es könnte aber ebenso relevant sein, darzustellen, in welchem Ausmaß junge Erwachsene in den EU-Ländern zwischen dem Leben bei der Herkunftsfamilie und partnerschaftlichem Zusammenleben beziehungsweise Familiengründung selbständige Lebensformen realisieren. Vor dem Hintergrund der sehr großen Unterschiede in den Lebensformen junger Erwachsener in den EU-Ländern wäre es wünschenswert gewesen, wenn zumindest Hinweise auf maßgebliche Bedingungen dieser Unterschiede gegeben worden wären. Nur im Hinblick auf das spätere Alter bei Auszug aus dem Elternhaus werden einige subjektive Einschätzungen seitens der jungen Erwachsenen berichtet. Von Interesse wären auch Ausführungen zu der Frage, inwieweit staatliche Sozialpolitik im weitesten Sinn in den Ländern zur Entwicklung selbständiger Lebensformen im jungen Erwachsenenalter beiträgt.

Bildung, Arbeit, Armut

Der Bericht konstatiert einen steigenden Bildungsstandard, insbesondere beginnen und beenden immer mehr junge Menschen in der Europäischen Union ein Studium. Die Anzahl der Studierenden stieg zwischen 1998 und 2006 um 25 Prozent. 11,5 Prozent der Bevölkerung zwischen 18 und 39 Jahren studieren gerade, 15 Prozent der Studierenden sind älter als 30 Jahre, der Anteil der Studentinnen ist um 23 Prozent höher als der der Studenten. Fast 80 Prozent der jungen Menschen zwischen 25 und 29 Jahren haben eine abgeschlossene höhere Schulbildung.

Gleichzeitig gelingt es jedoch immer noch nicht, allen jungen Menschen eine Perspektive zu bieten. Jedes fünfte Kind verfügt nicht über ausreichende Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen. Jeder siebte junge Mensch zwischen 18 und 24 Jahren erreicht lediglich einen Hauptschulabschluss oder weniger. Die Anzahl der vorzeitigen Schulabbrüche ist zwischen 2000 und 2007 zwar zurückgegangen, beläuft sich aber immer noch auf 14,8 Prozent. Zehn Prozent der Schüler und Schülerinnen lernen keine Fremdsprache in der Schule. Mehr als ein Drittel der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren sind weder in schulischer oder beruflicher Aus- oder Weiterbildung noch in Arbeit oder beim Studium.

Bei der Betrachtung der Beschäftigungssituation wird deutlich, dass 57,5 Prozent der jungen Menschen in der EU im Alter von 15 bis 29 Jahren ökonomisch aktiv sind, also entweder in Arbeit sind oder aktiv nach einem Arbeitsplatz suchen. Die Arbeitslosenrate dieser Altersgruppe liegt im Durchschnitt bei 15,4 Prozent, fast drei mal so hoch wie die Quote für Ältere. 26 Prozent der arbeitslosen 15- bis 24-Jährigen und 35 Prozent der arbeitslosen 25- bis 29-Jährigen sind seit über 12 Monaten arbeitslos.

Für junge Menschen in Beschäftigung beschreibt der Bericht die folgende Situation: ein Drittel der angestellten 15- bis 24-Jährigen sind Studierende oder Lehrlinge, die Hälfte arbeitet in Bereichen für Geringqualifizierte. 40 Prozent der beschäftigten 15- bis 24-Jährigen arbeiten mit befristeten Verträgen, 25 Prozent in Teilzeitverhältnissen und vier Prozent sind selbständig. Und mehr als ein Drittel der 14- bis 24-Jährigen bildeten die so genannte NEETs-Gruppe (Not in Education, Employment or Training).

Der Bericht macht außerdem deutlich, dass sich ungleiche Zugangschancen auf die Lebensperspektiven auswirken. Nach den vorliegenden Zahlen leben in der EU 19 Millionen Kinder und Jugendliche unter der Armutsgrenze. Das betrifft ebenfalls 20 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren. 18 Prozent der jungen Menschen in der Altersgruppe verdienen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens ihres Landes.

Die Wirtschaftskrise wird 2009 zu einem weiteren Einbruch führen. Selbst viele „ausbildungsreife“ Bewerberinnen und Bewerber müssen wohl ins Übergangssystem ausweichen, weil zu wenige Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Dieser problematische Trend trifft andere Mitgliedstaaten verschärft. Dort, wo Berufsbildung in eher schulähnlichen Institutionen stattfindet, werden die Übergänge von Ausbildung zu Beschäftigung erschwert. Mit Blick auf Wirtschaftskrise und demografische Entwicklung gilt es, diesen Entwicklungen gegenzusteuern. Dieses zentrale Thema gelingender Übergänge zum Erwachsenenstatus wird in den Analysen zurecht hervorgehoben, findet aber in den Empfehlungen keine hinreichend klaren Strategien und Präzisierungen.

Jugend und Freizeit

Grob beschrieben wird die freie Zeit, die jungen Menschen zur Verfügung steht, sowie Freizeittätigkeiten, mit denen sie sich regelmäßig oder seltener beschäftigen. Der Freizeitanteil für 15- bis 19-Jährige beträgt im Schnitt 20 Prozent. 82 Prozent der 16- bis 24-Jährigen gehen mindestens einmal im Jahr ins Kino. 45 Prozent treiben Sport, 40 Prozent gehen mit Freunden aus, 25 Prozent lesen, 23 Prozent schreiben, singen oder spielen ein Instrument. 41 Prozent der 16- bis 29-Jährigen besuchen mindestens einmal im Jahr eine Kultureinrichtung. Ferienreisen werden von jungen Leuten in etwa so häufig wie von Erwachsenen gemacht; auch bei den Reisezielen gibt es kaum Unterschiede zwischen den Altersgruppen.

70 Prozent der 16- bis 24-Jährigen benutzten in 2007 täglich einen Computer (verglichen mit 50 Prozent in 2004). 59 Prozent nutzen täglich das Internet, 30 Prozent der jungen Leute geben an, Arbeit über das Internet zu suchen.

Die Ausführungen zum Thema Freizeit erscheinen insgesamt ziemlich diffus, ungenau und undifferenziert. Länderunterschiede sind nur teilweise nachvollziehbar, Unterschiede nach Geschlecht und Bildungsniveau werden gar nicht erwähnt. Quellenangaben sowie die Datenbasis bleiben weitgehend unklar. Von Interesse auch in Bezug auf Bildungschancen wäre zum Beispiel eine Erhebung bislang fehlender Daten zum sogenannten „digital divide" (digitale Wissens- und Zugangskluft) mit seinen Auswirkungen für benachteiligte junge Menschen.

Aktive Bürgerschaft

Hervorgehoben wird zunächst, dass aktive Bürgerschaft, verstanden als politische Partizipation und soziale Beteiligung in Vereinen, Verbänden, Assoziationen und Gruppierungen ein Schlüssel für die Zukunft Europas seien und dass deren Förderung deshalb zu den Prioritäten Europäischer Politik gehöre. Bezogen auf die Jugend sei insbesondere die Beteiligung auf kommunaler Ebene, innerhalb der Strukturen der repräsentativen Demokratie sowie in Schulen, Universitäten und Jugendparlamenten zu stärken. Aus dem Versuch einer Zustandsbeschreibung resultiert die Kritik des Berichts an der derzeitigen Datenlage: Es fehlen gemeinsame Konzeptbeschreibungen, Definitionen, vergleichbare Ergebnisse aus Erhebungen. Vorgeschlagen werden deshalb analytisch saubere Begriffsbestimmungen unter Reflexion unterschiedlicher politischer Kulturen. Prospektiv werden Untersuchungen gefordert, die ein europaweites und ländergerechtes Bild über Jugendpartizipation ermöglichen.

Der Mangel an belastbaren Daten wird besonders an den Stellen des Berichts eklatant sichtbar, wo ohne Vorlage einer einzigen Trendtabelle die Darstellung entsprechender Entwicklungen versucht und etwa ein „Rückgang traditioneller Mitgliedschaften in Organisationen" konstatiert wird.[(2)] Um etwas über bürgerschaftliches Engagement der Jugend in seiner Breite und Intensität der Formen zu erfahren, muss die Erfassung recht differenziert angelegt sein. Um außerdem Trends festzustellen, müssen auf der Basis einer soliden Base-Line-Studie die weiteren Befragungen mit identischen Instrumenten durchgeführt werden.

Jugend und Gesundheit

Unklar bleibt, von welchem Gesundheitsbegriff in diesem Kapitel des Jugendberichts ausgegangen wird, jedenfalls nicht explizit von dem umfassenden Gesundheitsbegriff der WHO (Ottawa Charta 1986), der neben der körperlichen auch psychische und soziale Gesundheit und subjektives Wohlbefinden umfasst. In dem Kapitel werden vor allem Daten zu den Altersgruppen 15 bis 24 und 25 bis 34 Jahre zusammengetragen, und zwar zu den Bereichen

– Einschätzung der eigenen Gesundheit und psychische Störungen,
– Über-/Untergewicht,
– Todesursachen und HIV-Infektionsraten,
– Tabakkonsum,
– Alkoholkonsum,
– Drogenkonsum.

Damit werden die wichtigsten Bereiche der „neuen Morbiditäten", also der multifaktoriell und vor allem auch durch Lebensstile und Lebensverhältnisse bedingten Krankheiten und Störungen angesprochen. Andere gesundheitsrelevante Bereiche wie zum Beispiel Störungen der Sprache, Motorik und des Verhaltens und (Mangel an) Bewegung sowie Allergien werden ebenso wenig berücksichtigt wie nichtstoffgebundenes Abhängigkeitsverhalten (wie Spiel- oder Internet-"Sucht"). Es werden auch keine Zusammenhänge zwischen verschiedenen Problembereichen dargestellt, so etwa zwischen Übergewicht, Mangel an Bewegung und Fitness und Medienkonsum.

Umfang und Detailliertheit der präsentierten Daten zu den einzelnen Bereichen sind sehr unterschiedlich – so leiden nach Angaben des Berichts ca. zwei Millionen der 100 Millionen jungen Menschen in der EU unter psychischen Problemen. 60 Prozent der Todesfälle bei Jugendlichen werden auf externe Gründe zurückgeführt, wobei der Unfalltod der häufigste ist. In der weiteren Reihenfolge stehen Selbstmord, Drogenmissbrauch, Gewalt und AIDS/HIV. 17 Prozent der 15- bis 24-Jährigen sind übergewichtig, neun Prozent untergewichtig. 24 Prozent der 15- bis 29-Jährigen rauchen täglich, im Durchschnitt betrinken sich junge Menschen zwischen 13 und 14 Jahren das erste Mal. 13 Prozent der 25- bis 34-Jährigen konsumieren Cannabis.

Die Herkunft und die genauen Fragestellungen sowie Zielgruppen der zugrunde liegenden Studien bleiben weitgehend offen. Unterschiedliche konzeptionelle Ansätze in den Studien könnten aber durchaus für die zum Teil sehr unterschiedlichen Ergebnisse in den einzelnen Ländern mitverantwortlich sein, ebenso wie die jeweiligen kulturellen Konnotationen bestimmter Frageninhalte.

Die berichteten Daten unterscheiden zwar oft nach Ländern, aber sehr selten nach Geschlecht und gar nicht nach sozioökonomischem und Beschäftigungs- oder auch Migrationsstatus der Befragten – dies alles wären aber wichtige Variablen, um der gesundheitlichen Chancenungleichheit auf die Spur zu kommen. Auch wird dem auf Störungen und gesundheitliches Problemverhalten gerichteten „Defizitblick" der Studie kein Blick auf die Ressourcen und Potentiale der jungen Menschen gegenübergestellt, aktiv und selbstbestimmt für ihre Gesundheit zu sorgen.

Insgesamt sollten auf europäischer Ebene – ähnlich wie im deutschen 13. Kinder- und Jugendbericht – die vielfältigen Aspekte von Gesundheit und ihre möglichen Einschränkungen schon bei jungen Menschen stärker zum Thema gemacht werden, zum Beispiel in dem Sinne, dass bio-psycho-soziale Gesundheit eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Bildungsprozesse ist und immer wieder aktiv gefördert und hergestellt werden muss. Auch die Bezüge zum Beispiel zwischen sozialem und Bildungsstatus oder auch Geschlecht und Gesundheit sollten mehr Berücksichtigung finden. In diesem Sinne können die im EU-Jugendbericht enthaltenen vergleichenden Länderdaten zu bestimmten Gesundheitsindikatoren eine erste Orientierung über die

jeweiligen Ranglätze der Länder und darüber geben, inwieweit solche Platzierungen mit länderspezifischen Lebensbedingungen Jugendlicher und jugendpolitischen Gestaltungen zusammenhängen.

Kultur, Multikulturalität, interkultureller Dialog

Im Bericht wird davon ausgegangen, dass junge Menschen unter 30 Jahren die erste junge Generation bilden, die in einer erweiterten Europäischen Union leben und von den vier Freiheiten (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) profitieren. „Vereint in Vielfalt“ als offizielles Motto der EU finde im „neuen Schmelztiegel“ dieser Generation seine Verwirklichung.

Stimmt aber die Annahme eines „neuen Schmelztiegels“ unter Jugendlichen in Europa? Um dies empirisch zu belegen, waren zum Beispiel folgende Aspekte zu erforschen: Wie nutzen Jugendliche bestehende Möglichkeiten der Kontaktaufnahme, Kommunikation, des wechselseitigen Kennenlernens und Austausches von Erfahrungen etwa durch die Teilnahme an europäischen Jugendbegegnungsprogrammen? Welche Effekte haben diese Begegnungsprogramme mit Blick auf die Herausbildung einer europäischen Identität und eines dementsprechenden (Selbst-)Bewusstseins unter Jugendlichen – in Relation zu ihrer nationalen Verankerung und ihrem nationalen Selbstbild?

Zur Multikulturalität wird bilanziert, dass junge Europäerinnen und Europäer im Sinne eines Austauschs mit ausländischen Kulturen praktische Aktivitäten bevorzugen. Etwa 30 Prozent schließen gerne Freundschaften mit anderen jungen Menschen aus anderen europäischen Ländern. Ermöglicht werde dies durch gestiegene Mobilität innerhalb Europas (zum Beispiel Studium, Städtepartnerschaften, grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, Tourismus). Offen bleiben allerdings Antworten auf Fragen wie: Wie finden diese grenzüberschreitenden Freundschaftsbeziehungen statt? Durch wen (private und öffentliche Gelegenheitsstrukturen) werden sie eingeleitet? Welche Wege werden dabei beschritten und welche Unterschiede gibt es dabei mit Blick auf den sozioökonomischen Status der Jugendlichen? Und schließlich: Wie kann – auf der Grundlage empirischer Befunde dazu – der Anteil an Jugendlichen mit Freundschaftsbeziehungen innerhalb des europäischen Raums erhöht werden? Bezogen auf die Intensität grenzüberschreitender Freundschaftsbeziehungen wäre des weiteren danach zu unterscheiden, ob es sich dabei um unmittelbare persönliche Freundschaften handelt und/oder um (überwiegend) mittelbare Freundschaften (etwa per Internet, Chatten, Skypen etc).

Zu klären wäre auch, inwieweit sich im lokalen Nahraum und – darin eingebettet – in unterschiedlichen Lebenssituationen und -zusammenhängen (z.B. Kindergarten, Schule, Ausbildung, Arbeit, Nachbarschaft, Jugendverbände) selbstbestimmte und eigenständige Prozesse des interkulturellen Dialogs und der interkulturellen Beziehungen entwickeln, wie sich ein solcher Prozess auch bottom-up gestalten ließe, um positive Entwicklungen zu sichern und auf eine breitere Anwendung hin zu transformieren.

2. Anforderungen an eine kinder- und jugend-(hilfe-) politisch sinnvolle Weiterentwicklung des Europäischen Jugendberichts als Instrument einer EU-Jugendstrategie

Infolge des Weißbuchs „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2001 wurde „Mehr Wissen über die Jugend“ als vierte Priorität neben Partizipation, Information und Freiwilligenengagement für die Offene Methode der Koordinierung im Jugendbereich festgelegt. Zwar war zu diesem Zeitpunkt noch von keinem europäischen Jugendbericht die Rede, die Priorisierung verdeutlicht aber die Erkenntnis, dass Erfolg versprechende politische Strategien evidenzbasierte Informations- und Wissensgrundlagen benötigen.

Im Jahr 2007 wurde mit dem BEPA-Papier „Investing in Youth“[(3)] der erste Versuch gemacht, einen umfassenden und zusammenhängenden Blick auf die Problemlagen und Lebenslagen junger Menschen in der Europäischen Union zu richten und dabei insbesondere herauszuarbeiten, auf welcher Grundlage sich trotz der verschiedenen Bedingungen in den 27 Mitgliedsstaaten gemeinsame europäische Strategien entwickeln und begründen lassen. Bereits der BEPA-Bericht hielt die Vorlage eines Europäischen Jugendberichtes für sinnvoll.

Insofern ist der jetzt von der Europäischen Kommission vorgelegte erste Europäische Jugendbericht als sinnvolle Umsetzung einer Empfehlung der BEPA und als weiterer Schritt hin zu einer künftigen Jugendpolitik in Europa zu verstehen. Der Bericht gibt

zwar im Wesentlichen keine neuen Erkenntnisse wieder, sondern bündelt bereits veröffentliche und dargestellte Erkenntnisse, er gibt aber auch nicht vor, mehr zu sein. In der Einleitung heißt es: „Es ist der erste Versuch, Daten und Statistiken zusammenzuführen, um einen Bild über die Situation junger Menschen in Europa zu erhalten.“ Und auch bei der Definition des Ziels bleibt der Bericht selber bescheiden: „(er) unterstützt (...) die jugendpolitische Zusammenarbeit durch die Zusammenstellung von Statistiken und Daten über die Lebensbedingungen junger Menschen.“

Insofern ist zu begrüßen, dass erstmals in einer komprimierten Form alle wesentlichen, auf europäischer Ebene vorliegenden Erkenntnisse zusammengefasst worden sind und damit politisch handhabbar werden. Diese Darstellung ermöglicht auch eine Orientierung über den jeweiligen Entwicklungsstand des eigenen Landes im Vergleich zu den Mitgliedsländern der EU.

Zuzüglich der Forderung, dass tatsächlich im Abstand von drei Jahren derartige Berichte vorgelegt werden, sind folgende Anforderungen an die Weiterentwicklung künftiger Berichte zu stellen, damit diese tatsächlich als Handlungsinstrument politisch wirksam werden:

– *Europäischer Jugendsurvey*

  Um Europäische Jugendberichte auf eine solide und für Trendanalysen taugliche Datenbasis zu stellen, sind systematische Forschungen notwendig, die mehr als nur Meinungsumfragen und das Zusammenstellen vorhandener Daten darstellen. Der Europäische Jugendbericht soll mehr Kenntnis und Erfahrungsaustausch über die Lebenslagen von allen jungen Menschen ermöglichen und Jugendpolitik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene untermauern. Um das ermöglichen, wird ein Europäischer Jugendsurvey benötigt, der eine verlässliche und valide Datenbasis schafft. Eine angemessene europaweite Stichprobe von ca. 50.000 jungen Menschen würde nicht nur europaweite differenzierende Analysen ermöglichen, sondern die einzelnen Länder könnten auch „ihre“ Jugend, deren Lebenslagen, Einstellungen, Problemkonstellationen, Zukunftswünsche usw. genauer in den Blick nehmen und im Kontext anderer europäischer Ergebnisse der Jugendforschung vergleichen. Für die Politiken auf unterschiedlichen Ebenen wäre es damit auch möglich, das Erreichen vorhandener Ziele zu bewerten und für zusätzlich neu zu setzende jugendpolitische Schwerpunkte Anhaltspunkte zu haben. Neben Kenntnissen über Lebenslagen könnte ein europäischer Jugendsurvey repräsentativ die Einstellungen und Erwartungen junger Menschen eruieren, die im Rahmen des „strukturierten Dialogs“ bislang nur unzureichend eingebracht werden. Dieser Survey könnte als Base-Line-Studie auf der Grundlage wissenschaftlicher Standards mit den Schlüsselkonzepten Klarheit, Komplexität, Konsistenz, internationale Vergleichbarkeit und Kontinuität dienen. Damit würden Längsschnittanalysen von Trends, die Entwicklung von Indikatoren sowie politische und praktische Relevanz ermöglicht. Auch könnten auf dieser Grundlage politische Strategien auf verschiedenen Ebenen evaluiert und weiterentwickelt werden. Auch die im Zusammenhang mit dem Monitoring der EU-Kinderrechtestrategie in Entwicklung befindlichen Indikatoren sollten berücksichtigt werden.

– *Ursachenanalyse*

  In weiten Teilen verbleibt der Jugendbericht bei einer bloßen Beschreibung der Situation junger Menschen in Europa, stark bezogen auf statistisches Material. Es fehlen aber analytische Ansätze, die Ursachen für bestimmte Entwicklungen verdeutlichen.

– *Handlungsempfehlungen*

  Künftige Berichte sollten trotz eines notwendigen allgemeinen Charakters Handlungsempfehlungen für die einzelnen Bereiche formulieren. Damit würde ein derartiger Bericht stärkere Wirkung entfalten können und damit verdeutlichen, wo die EU die Möglichkeiten sieht, die Lebenslagen junger Menschen zu verbessern. Das könnte auch Einfluss auf die entsprechenden EU-Programme haben.

– *Kindheit/Jugend*

  Gemäß der europäischen Sichtweise konzentriert sich der Bericht auf die Altersspanne der 15-bis 29-Jährigen. Viele Entwicklungsprozesse, die Einfluss auf die Lebenswirklichkeit und die Lebensperspektive der Jugendlichen legen, finden jedoch bereits in früheren Lebensabschnitten statt und können für eine kohärente Jugendpolitik nicht ausgeklammert werden. Nicht umsonst hat der Bericht der BEPA gefordert, früh in die Jugend zu „investieren“.

– *Europäischer Jugendbericht mit politischer Relevanz*

  Die politische Konstruktion eines Europäischen Jugendberichtes sollte analog zum deutschen Kinder- und Jugendbericht (gemäß § 84 SGB VIII) angelegt sein. Angesichts der vielfältigen pluralen und föderalen Zuständigkeiten und Interessenstrukturen im Kontext Jugend und Jugendhilfe hat sich diese vom deutschen Gesetzgeber gewählte Konstruktion einer unabhängigen Sachverständigenkommission gut bewährt. Die wissenschaftliche Berichterstattung stellt die Diskussionen von Politik und Praxis über die Lage der Jugend und die Leistungen der Jugendhilfe auf ein sachliches Fundament. Die wissenschaftlichen Empfehlungen und die politischen Stellungnahmen bieten dann für die Akteure auf allen Ebenen wichtige Anregungen für Auseinandersetzungen um konkrete Weiterentwicklungen der Jugendpolitik. Entsprechend dem Jugendbericht in Deutschland wäre es zu begrüßen, wenn ein europäischer Jugendbericht sich regelmäßig auch bestimmten Einzelfeldern zuwendet und diese durch vertiefende wissenschaftliche Analysen bearbeitet.

– *Einbeziehung anderer EU-Institutionen*

  Um künftigen Berichten zu größerer Unabhängigkeit und größerer politischer Wirkung zu verhelfen, sollten sie von einer durch Kommission und Rat beauftragten unabhängigen Sachverständigenkommission erarbeitet und gemeinsam von Kommission und Rat vorgelegt werden. Das EU-Parlament, der Ausschuss der Regionen sowie der Wirtschafts- und Sozialausschuss sollten Gelegenheit zur Beratung und zu Stellungnahmen erhalten, die als Teil des Berichtes mit veröffentlicht werden.

– *Nutzbarmachung für Nicht-Experten*

Dem Bericht fehlt eine Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen, die es politischen Entscheidungsträgern und Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe ermöglichen könnten, sich die wesentlichen Aussagen schnell zu eigen zu machen. Außerdem wurde der erste Europäische Jugendbericht von der Kommission nur in englischer Fassung vorgelegt. Damit erreicht er aber über den Kreis der Expertinnen und Experten hinaus keine Wirkung. Als hilfreiches Angebot der EU-Ebene an die Mitgliedstaaten, das von Jugendpolitikerinnen und Jugendpolitikern ebenso genutzt werden soll wie von Akteuren der Kinder- und Jugendhilfepraxis und der Wissenschaft, wird der Jugendbericht nur angenommen werden, wenn er seiner politischen Bedeutung entsprechend einen anderen Status als den eines Arbeitspapiers der Kommission bekommt und er in die Sprachen der EU-Mitgliedstaaten übersetzt wird. Hilfreich wäre auch eine nutzbare interaktive Fassung.

Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ Berlin, 01./02. Juli 2009

Kontakt
Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ – Child and Youth Welfare Association
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Ansprechpartnerin: Sabine Kummetat, Presse- und Öffentlichkeitsreferentin, Telefon 030/ 40040219,
E-Mail: sabine.kummetat@agj.de
www.agj.de

Weitere Informationen sowie der Europäische Jugendbericht unter: www.jugendpolitikineuropa.de

Fußnoten

(1) Als wichtigste Datenquellen sind das statistische Amt der EU, die Meinungsforschungsstelle der EU (Eurobarometer), die Arbeitskräfteerhebung und die Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingen der EU zu nennen. Darüber hinaus wurden Resultate regelmäßiger Untersuchungen derjenigen EU-Agenturen verwertet, die in den Bereichen Gesundheit, Drogenbeobachtung und Lebensbedingen tätig sind.

(2) Als „Forschungsbefund“ wird referiert: „22 Prozent der jungen EU-Bürgerinnen und -Bürger geben an, Mitglieder in Organisationen zu sein.“ Dann wird behauptet, dass 49 Prozent „of young persons“ in einem Sportverein aktiv seien. Dieser Wert gilt jedoch nicht für die Jugend insgesamt, sondern nur für diejenigen, die in der Vorfrage geäußert haben, in einem Verband/Verein Mitglied zu sein. Außerdem erweist sich die problematisierte Abnahme der Mitgliedschaften in Organisationen als Fehlinterpretation vorhandener Daten. Aus der Partizipations-, Freiwilligen- und Ehrenamtsforschung ist bekannt, dass sich nach Vorfragen wie „Sind Sie Mitglied?“ oder „Sind sie ehrenamtlich aktiv?“ viel weniger Befragte als aktiv einschätzen, als wenn man ihnen die Vielfalt bürgerschaftlicher Eingebundenheit verdeutlicht, die bei dieser Frage eigentlich gemeint ist.

(3) Leanda Barrington-Leach, Marcel Canoy, Agnès Hubert, Frédéric Lerais (Bureau of European Policy Advisers – BEPA): Investing in youth: an empowerment strategy, April 2007

www.jmd4you.de

Trägerübergreifende Plattform zur Begleitung von jungen Migrantinnen und Migranten

jmd4you heißt die neue Online-Anlaufstelle für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Unter *www.jmd4you.de* können junge Menschen ihre ganz persönlichen Fragen stellen: „Wie finde ich mit meinen Zeugnissen einen Ausbildungsplatz in Deutschland?“ und „Wo kann ich mich zu einem Sprachkurs anmelden?“ sind zum Beispiel solche Fragen. „Was gefällt mir in Deutschland?“ oder „Wie ist das mit meinem Aufenthaltsstatus?“ sind weitere Themen, die junge Migrantinnen und Migranten berühren und die sie auch in Chat's mit anderen Jugendlichen und den professionellen Online-Begleitern von *jmd4you* in verschiedenen Sprachen diskutieren können.

Die Online-Plattform *jmd4you* wurde als Ergänzung zur Beratung von jungen Migrantinnen und Migranten in den Jugendmigrationsdiensten entwickelt. Seit vielen Jahren werden junge Menschen mit Migrationshintergrund bundesweit in rund 400 Jugendmigrationsdiensten von interkulturell ausgebildeten Fachkräften individuell beraten und in ihrer sozialen und beruflichen Integration unterstützt . Zusätzlich zu diesem Angebot soll *jmd4you* diejenigen Jugendlichen ansprechen, die bislang nicht von der face-to-face-Beratung der Jugendmigrationsdienste erreicht wurden und die zunächst bevorzugen, anonym Fragen zu stellen.

Die Plattform *jmd4you* ist das erste Angebot dieser Art, denn es richtet sich gezielt an junge Menschen mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 12 und 27 Jahren. Die Online-BegleiterInnen der Jugendlichen sind langjährige Beratungsprofis aus den Jugendmigrationsdiensten, die unabhängig von öffentlichen Institutionen wie zum Beispiel dem Jugendamt oder der Ausländerbehörde arbeiten.

Gefördert wird das Projekt *jmd4you* aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Mit einer Postkarten-Aktion sollen das Online-Angebot und der Link *www.jmd4you.de* bekannt gemacht werden. Verschiedene Postkarten und Online-Banner werden kostenlos zur Verfügung gestellt.

Bestelladresse:
Servicebüro Jugendmigrationsdienste
E-Mail: jmd4you@jugendmigrationsdienste.de
Telefon 0228/95968-22

Die Chat-Termine und weitere Erläuterungen zum Projekt unter: www.jmd4you.de.

Informationen zu den Jugendmigrationsdiensten unter: www.jugendmigrationsdienste.de

Kontakt: Servicebüro Jugendmigrationsdienste, BAG Ev. Jugendsozialarbeit e.V., Büro Bonn
Kennedyallee 105-107, 53175 Bonn
Ansprechpartner: Jürgen Hermann, Referent Integration/Migration, Telefon 0228/95968-16
E-Mail: hermann@jugendmigrationsdienste.de

LVR

Nippesser Jugendladen zu Gast beim LVR

Kids erkunden Bildungswelten

15 Kinder befragen LVR-Fachberater

„Was sind eigentlich Bildungslandschaften?“

„Warum dürfen wir nicht selber bestimmen, wie unsere Schulen aussehen?“

Diese und viele weitere Fragen stellten 15 Kinder aus dem Jugendladen Nippes im Rahmen eines Besuchs beim LVR (Landschaftsverband Rheinland). Der Ausflug war Teil des Ferienprojektes „Bildung in unserer Landschaft“, das der freie Träger der Jugendhilfe für Kinder zwischen sechs und 14 Jahren anbietet. In drei Wochen gehen die Kids der Frage nach, was eigentlich Bildung ist und wie sie sich selbst ihre schulische Ausbildung wünschen.

„Beim LVR konnten die Kinder einmal ihre Fragen loswerden und einen Ort kennen lernen, an dem Bildung geplant wird“, so Sina Werner, Sozialpädagogin des Jugendladens. Alexander Mavroudis, Fachberater beim LVR-Landesjugendamt: „Auch wenn mich manche Frage ganz schön ins Schwitzen gebracht hat, war es auch für mich schön und hilfreich, einmal direkt mit den Kindern in Kontakt zu kommen, für die ja auch wir arbeiten.“

Im Rahmen des Ferienprojektes bauen die Kinder ihre ganz persönlichen Phantasiebildungslandschaften und erforschen Bildungsorte in ihrem Stadtteil. Ziel ist es, dass sie die Bildung als eine für sie selbst wichtige Sachen begreifen. Überdies können sie so selbst Teil von Bildungsplanung sein.

Der Jugendladen Nippes liegt im Kölner Stadtteil Nippes, einem gemischten Wohnviertel mit Gewerbe und Handel nahe dem Stadtzentrum. Das Viertel weist einen überdurchschnittlichen Anteil an migrantischer Bevölkerung auf. Ziel des Jugendladens ist es, in einem interkulturellen Stadtteilzentrum neue, offene Methoden der Jugendsozialarbeit zu entwickeln. Im Rahmen dieser integrierten Jugendarbeit werden explizit Migranten und ausländische Mädchen berücksichtigt. Auch geht es um die Verbesserung der fachlichen Einmischung und des Transfers in den politischen Raum.

www.jugend.lvr.de
15. Juli 2009

Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in LVR-Museen

Ab dem 1. April 2009 ermöglicht der Landschaftsverband Rheinland (LVR) Schulklassen, Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre den freien Eintritt in die LVR-Museen. Dieses Angebot gilt für die LVR-Freilichtmuseen in Kommern und Lindlar, das LVR-Industriemuseum mit seinen sechs Schauplätzen, das Max Ernst Museum Brühl des LVR, das LVR-LandesMuseum Bonn, LVR-Archäologischer Park Xanten sowie das LVR-RömerMuseum und die Großen Thermen in Xanten.

Weitere Infos unter www.lvr.de

Jugendhilfe Report 2/09

Schwerpunkt „Ein Jahr KiBiz – Eine erste Bilanz“

Es ist zu hoffen, dass der 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung die zurzeit intensiv geführte Diskussion um die bestmögliche Förderung von Mädchen und Jungen mit behinderungsbedingten Handlungseinschränkungen weiter voranbringt.

Zugegeben, Standard verbessernde Forderungen, die sich in aller Regel Kosten steigernd auswirken, sind in der Zeit vor politischen Wahlen am wahrscheinlichsten durchzusetzen. Zurecht ist eine Quote von nur 12 Prozent im Feld der schulischen Integration gerade auch gemessen an mehr als 65 Prozent im Bereich der Kindertageseinrichtungen nicht zu akzeptieren.

Einer der entscheidenden Übergänge in der persönlichen Biographie auch von Menschen mit Behinderungen ist aber der von der Schule in den Beruf. Spätestens dann müssen sich alle Forderungen nach selbst bestimmter Teilhabe und Inklusion an der Wirklichkeit des 1. Arbeitsmarktes messen lassen.

Notwendig ist es also, die jungen Menschen mit Handicaps und ihre Familien als Experten in eigener Sache anzuerkennen. Dabei haben Sie einen hohen Aufwand zu leisten, um über Systemgrenzen zwischen SGB V, SGB VIII, SGB XI, SGB XII und dem Bildungssystem hinweg, Unterstützungsleistungen für ein gesundes Aufwachsen zu realisieren. Hierzu wird es erneut eine Forderung nach erfolgreicher Netzwerkarbeit geben – wahrscheinlich am effektivsten geleistet durch die kommunale Jugendhilfe –, kombiniert mit einem begleitenden und beratenden Elterndienst.

Das LVR-Landesjugendamt Rheinland wird sich hierzu positionieren.

Michael Mertens
LVR-Dezernent Schulen und Jugend

Zum Inhalt

Beiträge zum Schwerpunkt „Ein Jahr KiBiz – Eine erste Bilanz“:

- KiBiz und die Folgen aus Sicht einer Kita-Leitung
- KiBiz erfordert Nachqualifizierung von Ergänzungskräften
- Ein Jahr mit KiBiz
- Auswirkungen auf die Arbeit in Sozialen Brennpunkten: am Beispiel des SKM Köln
- Bildungsräume: bewegungsanregend und sinnesfördernd gestalten für Kinder unter Drei
- Ein neues Zeitalter in der Jugendhilfeplanung – Kita-Planung nach KiBiz

Darüber hinaus im Heft: Beiträge zu „Schule für alle e.V.“, „Schul-Werkstatt des Caritas-Verbandes für die Stadt Bonn stellt sich vor“, „Modellprojekt ‘Mikado’ unterstützt junge Migranten/innen“, „Ehrung für Jürgen Rolle“ und rund um das Thema Ganztag. Außerdem Neues aus dem LVR-Landesjugendamt, Aktuelles aus der Gesetzgebung, Veranstaltungshinweise u.v.m.

Kontakt:
LVR-Landesjugendamt Rheinland
Regine Tintner
Telefon 0221/809-4024
E-Mail: regine.tintner@lvr.de

Kostenloser Download der aktuellen sowie vorangegangener Ausgaben unter:
www.jugend.lvr.de
(Service/Publikationen)

Impressum

inform bietet fachliche Beiträge, redaktionelle Zusammenfassungen von Gesetzesneuerungen, Runderlassen, Richtlinien, Rezensionen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

inform richtet sich an Fach- und Lehrkräfte, Träger und Verantwortliche von Jugendhilfe und Schule.

Redaktion & Korrektorat: Alexander Mavroudis (alma). Redaktionsschluss der Ausgabe 3/09 ist der **22.11.2009.** Kontakt: *alexander.mavroudis@lvr.de*

Gestaltung & Grafik: alma

Fotos: Hans Peter Schaefer, Köln (Titelbild und Seite 3, 8, 10, 22, 24, 25, 28, 29, 32); Die Schlaeiner gGmbh, Remscheid (Seite 18); LAG Kunst & Medien NRW (Seite 16); Christophe Göller, LVR (Seite 35)

Herausgeber: Landschaftsverband Rheinland (LVR), Dezernat Schulen und Jugend/Landesjugendamt, Hermann-Pünder-Str. 1, 50663 Köln. Im Internet: www.lvr.de. – Verantwortlich: Michael Mertens

inform ist kostenlos und erscheint drei Mal jährlich. Bereits erschienene Ausgaben sind dokumentiert unter: www.jugend.lvr.de (Service/Publikationen)

Bezug: Die Aufnahme in den Verteiler für den Online-Versand erfolgt per E-Mail an: *brigitte.schweiger@lvr.de*